

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 44.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint  
jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch  
die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark.  
Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 2. November 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf,  
Kavaleriestr. 22. Expedition u. Druck von  
Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358.  
Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

## Herbst.

Herze, bist du müde, weil der Sommer geht?  
Weil der rauhe Nordwind über Stoppel weht?  
Weil der Sommer Sonne gold'ner Glanz verglüht?  
Weil ein Todesahnen durch die Laude zieht?

Herze, willst du Klagen? — Von des Sommers Glück  
Bleibt ein Sonnenfunken doch in dir zurück,  
Bleibt dir ein Erinnern an des Sommers Sang,  
Klingt durch deine Tage dir verklungener Klang.

Mag der Sommer gehen — Herze, sei nicht zag,  
Denke, einem jeden naht sein Herbstestag.  
Darum forge, daß, wenn einst der Würfel fällt,  
Er bei dir auch gute Ernte hält.

Brete Filling.

## Zur Aenderung der Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes.

I.

Die Oberfelder Generalversammlung hat mehrere wesentliche Aenderungen an den Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes beschlossen. So ist bei der Arbeitslosenunterstützung die Aufrechnung der einzelnen Arbeitslosentage beschnitten, bei der Sterbe- und Unfallunterstützung u. a. die Wartezeit verlängert worden. Die einschneidendste Aenderung bedeutet der Beschluß, daß bei der Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung nach dem Bezuge der Höchstätze erneut eine Wartezeit von 104 vollen Beitragswochen eintritt.

Diese Neuerungen, die am 1. Januar kommenden Jahres in Kraft treten, wurden zum Teil einstimmig, zum Teil mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Sie wurden von der Vertretung der Mitglieder auf der Generalversammlung als eine unbedingte Notwendigkeit für die weitere günstige Entwicklung unseres Verbandes anerkannt. Diese Meinung wird in den Kreisen der übrigen Mitglieder im allgemeinen durchaus geteilt. Das kam auf den Bezirkskonferenzen, denen beizuwohnen die Mitglieder unseres Zentralverbandes Gelegenheit hatten, zum Ausdruck. Die verhältnismäßige Leichtigkeit, mit der unser Verband heute solche Aenderungen überwindet, sind ein Beweis für seine innere Festigkeit und die gute gewerkschaftliche Schulung seiner Mitglieder. Daß die Neuerungen nicht in allen Bezirken mit der gleichen Einigkeit und Uebereinstimmung aufgenommen wurden, ist nicht verwunderlich. In den sogenannten „neuen“ Bezirken, wo die gewerkschaftliche Durchbildung unserer Mitglieder nicht so schnell und gründlich erfolgen konnte als in den „alten“, wo ferner unser Verband noch nicht so stark geworden ist, um in einem wünschenswerten Maße einen Einfluß auf den Arbeitsvertrag auszuüben, gewinnen die Unterstützungseinrichtungen eine größere Bedeutung. Hier werden Einschränkungen und Herabsetzungen der Unterstützungssätze mehr verspürt. Aber zur Ehre unserer führenden Kolleginnen und Kollegen in diesen Bezirken muß doch gesagt werden, daß auch sie die Notwendigkeit der beschlossenen Neuerungen anerkennen und diese befürworten. Sie lassen sich dabei von dem gesunden Gedanken leiten, daß eine Generalversammlung unmöglich so arbeiten kann, daß ihre

Beschlüsse alle Mitglieder und alle Bezirke in gleichem Maße befriedigen. Dafür sind die Verhältnisse viel zu verschiedenartig. Was für den einen Bezirk paßt, hat vielleicht für einen anderen weniger oder gar keinen Wert. Nur mit Hinblick auf die Gesamtlage des Verbandes kann die Arbeit einer Generalversammlung richtig gewürdigt werden. Und ist die Gesamtlage gut, steht der Verband als solcher gesund und gekräftigt da, dann werden schließlich auch jene Bezirke daraus ihre Kraft zur Weiterentwicklung schöpfen, denen diese oder jene Einrichtung weniger paßt.

Uebrigens erscheint uns die Gelegenheit günstig, wieder einmal einige grundsätzliche Ausführungen über die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen zu machen. Man trifft doch noch immer Mitglieder an, die über den eigentlichen Zweck und Wert der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen wenig Bescheid wissen. Sie sind es auch, die bei der Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse mit allerlei Bedenken und Einwendungen kommen.

Man kann bei den gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen zwei Arten unterscheiden: solche, die mit dem gewerkschaftlichen Zweck direkt verbunden, bezw. unerläßliche Mittel zur Durchführung dieses Zweckes sind, zweitens solche, die mehr charitativer Natur sind. Zur ersteren Art zählen die Streik- und Gemafregeltemunterstützung; vielleicht auch noch in bescheidenem Maße die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Auch diese beiden Unterstützungsinrichtungen sind geeignet, auf den Arbeitsmarkt und damit indirekt auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuwirken. Zur zweiten Art gehören die Kranken-, Sterbe-, Unfallunterstützung. Auch die Höhe der zuerst genannten Unterstützungsarten kann und darf nicht so sein, daß die Kraft des Verbandes darunter leidet und ihr Wert direkt in Frage gestellt wird. Würden die Unterstützungen bei Streiks und Maßregelungen den vollen Arbeitsverdienst oder gar noch mehr ersetzen, dann müßten sie verhängnisvolle Folgen für den Verband zeitigen. Es kann sich nur um eine Unterstützung im rechten Sinne des Wortes, um einen Ersatz eines Teils des Lohnverlustes handeln.

Viel mehr Einschränkungen aber müssen bei den anderen Unterstützungsinrichtungen gemacht werden. Gewiß haben auch sie einen großen Wert und sind für die Arbeiterberufsorganisationen unentbehrlich geworden. Sie sind ein gewerkschaftliches Werbe- und Bindemittel. Sie haben ferner eine große soziale Bedeutung. Sind eine vorzügliche Ergänzung unserer staatlichen Arbeiterversicherung. Diese gewinnt durch die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen sehr an Wert. In manchen Punkten arbeiten die Gewerkschaften mit ihren Unterstützungseinrichtungen der staatlichen Arbeiterversicherung vor. Man denke in dieser Beziehung an die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung. Die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen sind weiter geeignet, den Arbeiter vor der entrechtenden und auch entwürdigenden Gemeinde-Armenunterstützung oder vor der vielfach mit allerlei unangenehmen Folgen verbundenen privaten Armenpflege zu bewahren. Die Gewerkschaften entlasten das Budget der gemeindlichen und privaten Armenpflege. So haben die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen einen großen gewerkschaftlichen und sozialen Wert.

Aber dennoch muß eindringlich vor einer Ueberspannung des Unterstützungsgedankens innerhalb der Gewerkschaften gewarnt werden.

Durch die Unterstützungen darf nicht der eigentliche Zweck der Gewerkschaften in den Hintergrund gedrängt werden. Die Gewerkschaften wollen die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Zur Erledigung dieser Aufgabe sind sie gegründet worden, dafür werden die Beiträge bezahlt, dafür opfern und kämpfen unsere Mit-

glieder. Schon daraus geht hervor, daß die Unterstützungen nur eine untergeordnete Rolle in einer Arbeiterberufsorganisation spielen dürfen. Ihnen kommt nur eine nebensächliche Bedeutung zu, als gewerkschaftliches Agitations- und Bindemittel. Die Mitglieder in kranken oder arbeitslosen Tagen zu unterstützen, kann nicht der eigentliche Zweck, sondern nur eine Beigabe der Gewerkschaft sein. Die Berufsorganisation ist das wirksamste Mittel zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, aber vor allem keine Unterstützungskasse.

Zur Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben bedarf es ideal gesinnter Mitglieder, die für ihre Sache Opfer an Zeit und Geld und persönlichen Werten zu leisten vermögen. Es bedarf dazu Kämpfernaturen im guten Sinne des Wortes. Ist aber eine allzugroße Wertschätzung des Unterstützungswesens geeignet, solche Mitglieder zu erziehen? Nein, niemals. Unsere Vorstände und Vertrauensmänner wissen ein Liedchen von den gewerkschaftlichen Eigenschaften jener Mitglieder zu singen, deren A und O des gewerkschaftlichen Interesses darin besteht, auf Heller und Pfennig auszurechnen, wieviel sie an Unterstützung zu beanspruchen haben. Zur Mitarbeit sind solche Leute in den seltensten Fällen zu haben. Von den Kaffeemardern gar nicht zu reden, die eine Schmach für die Gewerkschaften sind. Eine Ueberhöhung der Unterstützungseinrichtungen erzeugt Krämergeist und Krämernaturen, aber keine Kämpferseelen, keine opferbereiten Träger unseres christlichen Gewerkschaftsgedankens. Der Geist echter Standesolidarität muß aber, so haben wir vor Jahren schon an dieser Stelle geschrieben, wie ein belebender Hauch über das Feld der Organisation wehen. Ohne Idealismus, ohne Regsamkeit, Lebendigkeit, Opferwilligkeit und selbstlose Hingabe ihrer Mitglieder kann eine Gewerkschaft unmöglich vorankommen. Eine Ueberspannung des Unterstützungsgedankens muß diese Eigenschaften aber direkt ersticken. Wo die Unterstützungen als Haupteinrichtungen von den Mitgliedern angesehen werden, da fehlt jede Frische, Lebendigkeit und Arbeitslust, fehlt der ganzen Bewegung die Schwungkraft.

Und dann noch folgendes: Es ist etwas allgemein bekanntes, daß jede Kaffeeneinrichtung ihre Leistungen nach versicherungs-technischen Grundlagen berechnen muß. Wie viel mehr eine Gewerkschaft, die nur einen kleinen Bruchteil der Sinnhaftigkeit für Unterstützungszwecke verwenden, den Hauptteil für Kampfes-zwecke, für Durchführung der rein gewerkschaftlichen Aufgaben zurücklegen muß. Daß gerade in jetziger Zeit angesichts der gewerkschaftlichen Konstellation die Arbeiterverbände eine starke geldliche Kraft dringend notwendig haben, weiß jeder, der nur etwas Urteilsfähigkeit besitzt. Wie würde es um die Arbeiterinteressen bestellt sein, wenn die Gewerkschaften infolge hoher Unterstützungsansprüche ihrer Mitglieder in der Betätigung auf ihrem eigentlichen Arbeitsfelde behindert oder gar lahm gelegt würden? Im sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande hat das Unterstützungswesen solche verhängnisvolle Entwicklung genommen. In dem stärksten aller „freien“ Verbände sind die strammen Klassenkämpfer zu „verkrümelten Kaffeemännchen“ heruntergekommen. Die Kaffe war durch Unterstützungen derart in Anspruch genommen, daß der „Riesenverband“ infolge finanzieller Ohnmacht wiederholt vor dem Scharfmachertum zurückweichen mußte, es sei nur erinnert an Mannheim, Stettin usw. Was bleibt den „Hirschen“ für Kampfes-zwecke übrig? Sehr wenig; sie haben ihre großen Vermögen für Unterstützungsleistungen festlegen müssen.

Wir haben diese grundsätzlichen Ausführungen über die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen geschrieben, nicht, als ob wir in unserem Verban-

direkt unter den hier geschilderten Dingen zu leiden hätten, nein, aber man trifft doch noch immer wieder Mitglieder an, die den Unterstüßungen einen Wert beilegen, den sie nicht haben können. Die mögen diesen Artikel besonders beherzigen. Unseren Vorständen und Vertrauensmännern möge er Veranlassung sein, bei ihrer Verarbeit die Unterstüßungseinrichtungen weniger in den Vordergrund zu stellen und mehr auf die ideale Seite unserer Bewegung hinzuweisen. Vielleicht bietet er in dieser Zeit, wo es sich um die Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse handelt, einige Anregungen und Fingerzeige.

### Unternehmerstimmen zum Gewerkschaftskongress.

Daß die Unternehmer vom Schlage der „Deutschen Industrie-Zeitung“ und der „Arbeitgeber-Zeitung“ mit dem Gewerkschaftskongress nicht zufrieden sein würden, war vorauszu sehen. Die beiden genannten Organe haben denn auch allerlei an den Verhandlungen und den gefaßten Beschlüssen auszusetzen. Besonders schmerzlich berührt sie die Feststellung, daß die christlichen Gewerkschaften nach wie vor den Streik als letztes Mittel betrachten, und ferner die scharfe Abfage an die „Selben“. Die Ausführungen der beiden Unternehmerorgane, besonders aber jene der „Industrie-Zeitung“ (des Organs des Zentralverbandes deutscher Industrieller), beweisen, daß sie zu einer objektiven Würdigung der wirklichen Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Volkswirtschaft und Industrie gar nicht fähig sind, weil es ihnen von vornherein am guten Willen zu einer solchen fehlt.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ bezeichnet die Auffassung der christlichen Gewerkschaften von der Unentbehrlichkeit des Streiks als „überaus beachtenswert“. Sie bedinge, „daß die Tätigkeit und die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften von seiten der Arbeitgeber nach wie vor ebenso kritisch verfolgt werden, wie die der freien Gewerkschaften“. Damit bestätigt die „Arbeitgeber-Zeitung“ wieder einmal, daß ihr jede selbständige Arbeiterorganisation, die sich nicht willenlos dem Diktum der Unternehmer fügt, ein Greuel ist. Das Blatt hat denn auch den Mut, den christlichen Gewerkschaften vorzuwerfen, auch bei ihnen seien die Machtsinhalte bis in die letzte Zeit hinein vorherrschend gewesen. Das sagt die „Arbeitgeber-Zeitung“! Sie, die doch in allerletzter Linie berufen ist, einen derartigen Vorwurf unserer Bewegung gegenüber zu erheben. Gerade die Kreise um die „Arbeitgeber-Zeitung“ sind es doch, für die der Machtsinhalte ausschlaggebend ist, genau so, wie bei der Sozialdemokratie. Erinnerung sich die „Arbeitgeber-Zeitung“ nicht mehr der von ihr (in Nr. 5, 1907) geprägten Worte:

„Im Kriege schweigen die Gesetze. ... Der Krieg duldet keine Geseßgebung! Gewalt geht vor Recht, und die im Friedengeltenden Bestimmungen der Gesetze sind in Kriegszeiten ebenso hinfällig, wie moralische Erwägungen und Bedenken nicht ins Gewicht fallen; das gilt vom Kampfe mit den Waffen, es gilt bis zu einem gewissen Grade aber auch von jedem politischen Kampf. Loren sind diejenigen, die da glauben, hier oder dort durch gesetzliche Abmachung oder durch noch so schöne moralische Sentenzen einen Wandel wirken zu können. ... Alle Verträge und Kodizile sind ein Stück Papier, wenn die wirkliche Machtfrage entscheidet.“

Kann man brutaler und rücksichtsloser den Machtsinhalte hervorkehren, wie es hier durch die „Arbeitgeber-Zeitung“ geschieht? Darum möge diese doch gefälligst vor allem mal in sich selbst gehen, bevor sie uns Moral predigen will. Würde auf ihrer Seite unsere Bewegung nur halb so gerecht und objektiv gewürdigt, wie wir die Organisation der Unternehmer und deren Stellung in der Industrie zu würdigen verstehen, dann wäre bei auftauchenden Differenzen eine friedliche Verständigung weit eher möglich. Wenn die „Arbeitgeber-Zeitung“ hofft, es werde der Tag kommen, an dem die christlichen Gewerkschaften mit den „gelben“ Organisationen gegen den gemeinsamen roten Gegner zusammenstehen, so können wir ihr heute schon raten, diese Hoffnung aufzugeben. Ein Zusammengehen mit den „Selben“ lehnen wir grundsätzlich ab. Schon die bloße Zuminstung eines solchen empfinden wir als Beleidigung.

Ein Wort noch an die „Deutsche Industrie-Zeitung“. Diese schreibt bezüglich der Abfage an die „Selben“:

„Jedem sich die christlichen Gewerkschaften insgesamt auf diesen Standpunkt festgelegt haben, ist das einer bewußten Kriegserklärung an die Industrie (!) gleichzusetzen; denn auch die christlichen Gewerkschaften haben sich damit zu dem Grundsatz bekannt, daß jede (?) friedliche Verständigung über Lohn- und Arbeitsfragen abzulehnen (?) und unter allen Umständen (?) zu kämpfen sei. ... Von der Industrie wird man jetzt erst recht nicht verlangen können, daß sie einen Unterschied in der Behandlung beider Gewerkschaftsorganisationen macht.“

Das sind denn doch so gewagte Schlußfolgerungen, daß an deren Richtigkeit die „Industrie-Zeitung“ wohl

selbst nicht glaubt. Interessant ist zunächst, daß diese die Abfage an die „Selben“ als Kriegserklärung an die Industrie auffaßt. Damit identifiziert sie die Industrie mit der „gelben“ Bewegung. Auch eine Charakteristik für diese. Wir nehmen an, daß selbst weite Unternehmerrreise diese Auffassung der „Industrie-Zeitung“ nicht teilen.

Noch gewagter ist die Behauptung, die christlichen Gewerkschaften bekenneten sich durch ihre Gegnerschaft gegenüber den „Selben“ zu dem Grundsatz, daß jede friedliche Verständigung abzulehnen und unter allen Umständen zu kämpfen sei. Wie will denn die „Industrie-Zeitung“ diese ihre Behauptung begründen? Die Kongressverhandlungen boten ihr zu einer solchen doch wahrhaftig keine Unterlagen. Immer wieder wurde betont, daß der Streik nur als letztes Mittel zur Anwendung komme. Auch die Erörterungen über das Schlichts- und Einigungsstellen beweisen das gerade Gegenteil von dem, was das Unternehmerorgan behauptet. Nein, bei ihm ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Darum handelt sie nach dem Grundsatz: Im Auslegen seid recht frisch und munter, legt ihr's nicht aus, so legt was unter. Auf diese Weise sucht man die grundsätzliche Gegnerschaft gegen jede ernste Arbeiterorganisation zu beschönigen und den Anschein zu erwecken, als ob der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften an sich berechtigt sei.

Die christlichen Gewerkschaften werden, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, unbekümmert um die Auffassungen der beiden Unternehmerorgane, ihre eigenen Wege gehen. Sie werden sich in der Vertretung der berufswirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder weder von den Schimpfereien und den Verdächtigungen durch die Gewerkschaften, noch durch die für sie günstigen oder ungünstigen Beurteilung ihrer Haltung in der Unternehmerpresse beeinflussen, sondern lediglich von ihren Grundsätzen und der Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten leiten lassen.

### Die sozialdemokratische Presse über den Gewerkschaftskongress.

Das Studium der Äußerungen dieser Presse zum Gewerkschaftskongress ist recht interessant. Einige der sozialdemokratischen Blätter, z. B. der „Vorwärts“, bemühten sich wenigstens, in etwa objektiv zu sein, obgleich auch sie es an Seitenhieben und falschen Schlußfolgerungen nicht fehlen lassen. Der andere und wohl größere Teil der roten Presse aber läßt ihren Haß gegen die christlichen Gewerkschaften in persönlichen Anrempelungen und häßlichen Bemerkungen vollständig freien Lauf. Zum Teil vertheideln sich die sozialdemokratischen Blätter in der Beurteilung der Kongressverhandlungen in die sonderbarsten Widersprüche. Auch manches erweiternde Moment fließt in ihrer Berichterstattung mit unter. Einiges davon wollen wir unseren Mitgliedern unterbreiten.

Der „Vorwärts“ erblickt in der Einladung und in dem Erscheinen von Vertretern der bürgerlichen Parteien eine Wesensverwandtschaft der christlichen Gewerkschaften und der Rechtsparteien. Immerhin ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Standpunkte der Sozialdemokratie: die christlichen Gewerkschaften seien Zentrumsorganisationen. Im übrigen besteht die erwähnte Wesensverwandtschaft lediglich darin, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Ziele, wie die bürgerlichen Parteien, unter Wahrung der Treue zu Kaiser und Reich und im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu verwirklichen suchen. Wenn der „Vorwärts“ glaubt, die christlichen Gewerkschaften würden immer mehr in die völlige Abhängigkeit von den Klassen, deren Vertreter diesem denkwürdigen Kongress als unjüdische Ehren Gäste beizuhöhen“, geraten, so ist er im Irrtum. Die bisherige Vergangenheit der christlichen Gewerkschaften verbürgt das Gegenteil. Diese werden auch in Zukunft ihre volle Unabhängigkeit nach allen Seiten hin zu wahren wissen.

In der Beurteilung der Referate widersprechen sich die sozialdemokratischen Blätter direkt. Der „Vorwärts“ z. B. ist ehrlich genug, das Stegerwald'sche Referat über den Gewerkschaftskongress als „sehr geschickt“ zu bezeichnen. Von dem Joos'schen Referat sagt dasselbe Blatt: „Die Gerechtigkeit gebietet, zu sagen, daß der erste Teil dieses Referates, der die neueren Strömungen in der Volkswirtschaftslehre behandelte, eine anerkanntenswerte Leistung war. Joos gab darin eine teilweise sehr treffende kritische Würdigung der Lehren Adolph Webers.“ Das „Correspondenzblatt“ der sozialdemokratischen Organisationen nennt auch den Vortrag des Kollegen Balthus über die Gewerkschaftsfraktion als „recht sachliches Referat“, das sich durch „herzhafte Selbstkritik“ auszeichnete. Was soll man demgegenüber sagen, wenn andere sozialdemokratische Blätter die Referate als oberflächlich bezeichnen, oder gar wenn die „Rheinische Zeitung“ u. a. den Kollegen Joos „unter allgemeiner Teilnahmelosigkeit des Kongresses sich ein wunderbares Unterbunt von zusammengelesenen, aber gänzlich unverdautem Zeug von der Seele“ reden läßt? Was von dieser kritischen Würdigung des Joos'schen Referates zu halten ist, ergibt sich aus der damit verbundenen persönlichen Anrempelung des Kollegen Joos. Dieser wird als der „braune Schwanz“ bezeichnet, dem das Lob seiner R.-Glöckcher Auftragsgeber zu Kopfe gestiegen sei. Diese Gemeinheit läßt uns schwer erkennen, wer der Schwanzmann der „Rheinischen

Zeitung“ ist. Er dürfte wohl mit einem hier im Rheinland als Christentöter bekannten Genossen identisch sein.

Gelungen ist auch, wie der „Vorwärts“ die Stellung des Kongresses zum Gewerkschaftskongress beurteilt. Er gibt zu, daß der Beifall, der Stegerwald gepollt wurde, „nur als Ausdruck einer wirklich echten Freude und hohen Begeisterung verstanden werden kann“. Dann aber kommt die Unterstellung. Stegerwald habe nur so gesprochen, weil er den Rückzug Roms kannte. Rom aber habe den Weg nicht ohne Gegenleistung freigegeben. Diese Gegenleistung liege in folgendem Teil der vom Kongress beschlossenen Stegerwald'schen Resolution: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung bedarf einer Ergänzung. Diese ist in Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse nur dadurch möglich, daß sich die Arbeiter zur Pflege ihrer staatsbürgerlichen und geistig-sittlichen Ideale ohne Unterschied des Berufes in konfessionellen Arbeitervereinen zusammenschließen.“

Dies sei der Inhalt des „Abkommens“: „Rom gibt den christlichen Gewerkschaften den Weg frei und diese treiben ihre Mitglieder in die konfessionellen Arbeitervereine.“

Man schlägt sich vor den Kopf und fragt sich: Hat denn die Redaktion des „Vorwärts“ in den letzten Monaten auf dem Mond gelebt? Die Erklärungen des Vorstandes des Gesamtverbandes, wie auch der einzelnen Gewerkschaftsvorstände, scheinen ihr unbekannt zu sein. In diesen Erklärungen wurde doch schon während dem Gewerkschaftskongress ebenso entschieden wie auf dem Kongress betont, daß die christlichen Gewerkschaften bleiben werden, was sie bisher waren. Damals war der Ausgang des Streites noch gar nicht abzusehen. Warum denn diese Unterstellung gegenüber dem Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften? Will man damit etwa neue Verdächtigungen für die Zukunft schaffen? Fast scheint es so.

Auf derselben Höhe der Wahrhaftigkeit steht die Phantaskerei von einem „Abkommen“ der christlichen Gewerkschaften mit der römischen Kurie. Es ist recht bezeichnend für die in manchen sozialdemokratischen Kreisen vorhandene Geistesverfassung, daß der „Vorwärts“ heute noch seinen Lesern derartigen Koll vorsetzen darf. Ein Abkommen des von ihm bezeichneten Inhalts wäre ja auch vollständig überflüssig. Es dürfte doch auch dem „Vorwärts“ bekannt sein, daß die christlichen Gewerkschaften von jeher auf dem Standpunkt gestanden haben, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auch Mitglieder der konfessionellen Vereine sein sollen. In dem Sinne haben sie auch bisher schon gewirkt. Was sie ablehnten und auch in Zukunft ablehnen müssen, das ist, einen Zwang auf die Mitglieder auszuüben, den konfessionellen Vereinen beizutreten.

Dem bisher Erwähnten sei noch eine Richtigstellung beigefügt. Der „Korrespondent“, das Organ des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes, berichtet über die von unserm Kollegen Heutmann in der Diskussion zum Geschäftsbereich gemachten Ausführungen wie folgt:

„Heutmann, ein christlicher Textilarbeiter, forderte verstärkten Schutz! Bei Feuerungen könne man ja behördliche Maßnahmen treffen! Die Kommunen taugten nach ihm in ihrer Tätigkeit gegen die Fleischsteuerung aber trotzdem nichts usw. usw. Mit einem Worte: er ritt die hohe Schule der Kriegervereinspolitik.“

Das Gegenteil ist richtig. Kollege Heutmann hat zwar die unbedingte Notwendigkeit eines Schutzgesetzes für die Textilindustrie und für die Landwirtschaft anerkannt, aber ferner gesagt, das Zollsystem dürfe nicht überspannt werden und keinen so starren Charakter tragen, daß die berechtigten Volksinteressen darunter litten. Bezüglich der Steuerung hat Kollege Heutmann die Maßnahmen der Regierung als geeignet zur Bänderung der herrschenden Not anerkannt, jedoch gingen sie ihm nicht weit genug. Er verlangte die Veränderung des Fleischschutzes und die Einführung einer Kommission zur ständigen Kontrolle des Lebensmittelmarktes. Von den Maßnahmen der Gemeinden versprach sich Heutmann deshalb nicht viel, weil in den Großstädten der Handel eine einflußreiche Rolle spiele. Der „Korrespondent“ stellt also die Dinge direkt auf den Kopf.

Zum Schluß sei noch zur Erheiterung unserer Kolleginnen und Kollegen eine Äußerung aus dem „Correspondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften wiedergegeben. Sie ist an sich harmloser Natur, zeigt aber doch, wie wenig vertraut selbst die an der Spitze genannter Gewerkschaften stehenden Führer mit unserer Bewegung sind. Das „Correspondenzblatt“ schreibt:

„Der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieber-Düßeldorf, der in den Zollkämpfen gegen Stiesberts (1902) gegen Lebensmittelhölle eingetreten war, begeisterte sich sehr für das Schutzollsystem, unter dessen Herrschaft Deutschland mächtig vorwärts gekommen“ sei. Kein Wunder, denn seitdem Wieber Mitglied der Zentrumspartei des Reichstages ist, hat er wacker alle Sünden derselben bei der Reichsfinanzreform mitgemacht.“

Nun hat Kollege Wieber aber seinen Sitz in Duisburg und nicht in Düsseldorf. Auch kann er nicht Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages sein, da er diesem nie angehört. Ironie ist ja menschlich. Aber trotzdem, wenn das schon am grünen Holze geschieht. ...! Da braucht man sich über manches andere nicht mehr zu wundern.

Uebrigens wird die häßliche Kritik der sozialdemokratischen den guten Eindruck nicht verwischen, den der Kongress hinterlassen und auch die Freude nicht vermindern können, die er in den Kreisen der christlichen Gewerkschaftler allenthalben hervorgerufen hat. Wir sind überzeugt, daß der Dresdener Kongress zur ferneren günstigen Entwicklung der christlichen Gewerkschaften viel beitragen und namentlich dazu mithelfen wird, daß unsere Bewegung im „roten“ Sachsen noch kräftiger Fuß faßt. Das befürchtet auch wohl die Sozialdemokratie. Und darum weiß ein Teil ihrer Presse nichts Besseres zu tun, als ihrem Aerger in einer blöden Schimpferei auf unsere Bewegung und ihre Führer Luft zu machen.

# Die Statistik der Kolleginnen.

### Der zweite Abschnitt der Umfrage, der die Organisations- und Agitationsverhältnisse

betrifft, liefert auch eine Menge interessanter Belege. Da ist zunächst die Zahl der Verbandskolleginnen in den einzelnen Bezirken einer Betrachtung wert.

Wir hatten Ende Mai dieses Jahres insgesamt 13041 weibliche Mitglieder. Ein großer Teil derselben entfällt auf unsere „alten Bezirke“, wie Krefeld, Aachen, M.-Glabbach, Münster i. W. und Bocholt i. W.; diese Bezirke zählen sämtlich über 1000 weibliche Mitglieder, voran Krefeld mit 2092 Kolleginnen. Noch ein Bezirk hat über 1000 Kolleginnen: das „rote“ Sachsen. Wenn Baden sich gut weiter entwickelt, dann kommen wir auch dort demnächst über 1000 Kolleginnen. Und bei weitem der anderen Bezirke sollte es unmöglich sein, diese Ziffer zu erreichen! Überall sind noch Tausende von unorganisierten Textilarbeiterinnen, und wenn wir in jedem Bezirk Rundschau halten, dann wird es uns sonnenklar, daß wir, die Organisierten, nichts unversucht lassen dürfen, um im Interesse aller die Unorganisierten zu gewinnen.

Ob das wohl möglich ist? So fragt vielleicht manche Kollegin zweifelnd und zaghaft. — Darauf kann man nur antworten: Uns ist alles möglich, und der Erfolg ist sicher, wenn wir nur ernstlich wollen!

Ganz gewiß haben die 189 Kolleginnen, die in den Ortsgruppenvorständen sind, schon eifrig am Aufstieg der Mitgliederzahl mitgearbeitet. Es ist sicher, daß man diese Eifriger nicht mehr entbehren möchte und könnte. Die besten Erfahrungen auf diesem Gebiete scheint der Bezirk Baden gemacht zu haben; denn er hat mit 31 weiblichen Vorstandsmitgliedern die Höchstzahl. Auch in Bayern hält man viel auf Kolleginnen im Vorstand; 25 sind dort gezählt. An dritter Stelle steht der Bezirk Aachen mit 21. Zwischen 20 und 10 weiblichen Vorstandsmitgliedern schwanken die Angaben von 6 Bezirken; ebensoviel Bezirke zählten weniger als zehn weibliche Vorstandsmitglieder und so sinkt die Zahl bis auf zwei im Bezirk Straßburg.

Daß die Kolleginnen vielerorts nicht nur eifrig, sondern auch vertrauenswürdig sind, das beweisen die folgenden Angaben.

Es sind genau so viel Kolleginnen als Vertrauenspersonen wie als Vorstandsmitglieder ermittelt; aber auf die Bezirke verteilen sich diese 189 weibliche Vertrauenspersonen wesentlich anders, als vorher. Denn jetzt steht Münster i. W. an der Spitze mit 29; dann reißt sich sogleich wieder Baden an mit 27 und Bayern mit 22 Kolleginnen. Sachsen-Thüringen hält sich tapfer mit 18 weiblichen Vertrauenspersonen, dann folgt M.-Glabbach mit 16; Württemberg, Mülhausen i. G. weisen erheblich mehr Kolleginnen in diesem Vertrauensamte auf, als im Vorstand. Am bescheidensten ist Bamberg-Julda; hier finden wir nur eine weibliche Vertrauensperson. Sollten dort wirklich nicht mehr Kolleginnen zu diesem Posten fähig sein?!

Grundsätzlich erscheinen diesen Angaben gegenüber die über die Zahl weiblicher Fabrikvertrauenspersonen. Von den 115 der Gesamtzahl treffen beinahe ein Viertel auf den Bezirk Münster: 28; weil gerade dieses Amt nicht zu den leichtesten gehören dürfte, darum gebührt den Kolleginnen des münsterländischen Bezirkes „die Palme“. Aber auch Baden steht hier noch weit über dem Durchschnitt! Wir sehen dann nur noch Krefeld und Aachen mit mehr als zehn weiblichen Fabrikvertrauenspersonen vertreten. Erwähnenswert ist noch, daß nunmehr Bamberg-Julda und Bayern je 6 Kolleginnen aufzuweisen haben, die übrigen Bezirke alle darunter.

Ein weiterer Beleg für die Vertrauenswürdigkeit und die Tüchtigkeit der Kolleginnen ist die Aufstellung über ihre Delegation zu Konferenzen. Je mehr die Kolleginnen zu den Verwaltungsarbeiten der Ortsgruppen und zur Agitation herangezogen werden, um so notwendiger und wichtiger ist es und wird es, daß gerade ihnen öfter Gelegenheit gegeben wird, sich auszusprechen, zu schulen und weiterzubilden. In dieser Richtung sind unsere Bezirkskonferenzen unentbehrlich geworden; neues Organisationsleben flutet von ihnen aus. Dasselbe trifft bei den Kartellversammlungen für örtliche Verhältnisse zu. Die Arbeiterinnenkonferenzen, die jetzt jährlich mindestens einmal in jedem Bezirk stattfinden sollen, werden ebenfalls die beste, belebende Wirkung ausüben.

In den beiden Berichtsjahren sind zu Bezirkskonferenzen 111, zu Kartellversammlungen 48 Kolleginnen von 88 Ortsgruppen delegiert worden. Hier steht Baden als Vorbild da; 15 Ortsgruppen sind es dort, welche Arbeiterinnen delegiert haben! Auch die Ortsgruppen von Sachsen-Thüringen (11) tun sich rühmlich hervor. Aachen und Bayern stehen sich mit neun Ortsgruppen gleich an Zahl; im Verhältnis sind es aber in Bayern mehr Ortsgruppen, die weibliche Delegierte schicken. Aus den übrigen Bezirken melden nur wenige Ortsgruppen.

Ein anderes Bild gewinnen wir wieder, wenn in Vergleich zur Ortsgruppenzahl die Delegiertenzahl gestellt wird. Auch da bleibt Baden obenan; 27 Kolleginnen waren zur Bezirkskonferenz geschickt. Die nächsthöchste Zahl erreicht nun Aachen mit 17, dann kommt Sachsen-Thüringen mit 12 und dann erst Bayern mit 10 Delegierten. So verteilen sich die 111 Kolleginnen auf 13 Bezirke, zwei haben jedoch keine Delegierte zur Konferenz geschickt. Die Kartellversammlungen sind scheinbar spärlicher mit weiblichen Delegierten besetzt. Lediglich Baden hat hier 11 Kolleginnen vorzuweisen. Alle übrigen Bezirke geben höchstens 1—5 Kolleginnen an, Mülhausen und Münster ausgenommen; vom ersteren haben wir acht, vom letzteren keine Kartelldelegierte. Es dürfte sich empfehlen, daß mehr Kolleginnen zu Kartellversammlungen delegiert würden.

Sofern den organisierten Arbeiterinnen mehr und mehr zu Konferenzen und wichtigen Versammlungen durch Delegation Zutritt gewährt wird, wird es sich als sehr nützlich erweisen. Das gewerkschaftliche Verständnis

wird lebhafter, der Blick wird weiter und unwillkürlich tritt es der Kollegin vor die Seele, daß sie noch viel, viel zur Verbreitung und Hochhaltung unserer christlichen Gewerkschaftsidee zu tun vermag. Was sind im Vergleich zu diesem Erfolg eine paar Groschen oder Mark, die aus der Ortsgruppenkasse genommen werden zur Delegation einer Kollegin? Lebendige Werte zu schaffen ist nötig; die helfen dann auch wieder tüchtig mit zur Hebung der übrigen Werte — des Mitglieder- und Massenbestandes.

# Die Kartelle der deutschen Seidenweberei-Industrie.

Wir haben schon früher gehört, daß die Sammetbandkonvention im Jahre 1906 der Auflösung anheim gefallen war. Ihr Scheitern spornete zunächst nicht zu einer Wiederholung des Experimentes an. Erst im Jahre 1910 raffte man sich auf, „als der Einfluß der Zeit die persönlichen Gegensätze gemildert hatte“, ein neues Kartell zu gründen. Die ungünstige Lage der Industrie, die sich in unlohnenden Preisen und noch mehr in den drückendsten Bedingungen äußerte, hatte die interessierten Kreise für den Kartellgedanken empfänglich gemacht. Wie die erste Sammetbandkonvention letzte sich auch die zweite die Preisbestimmung zur Aufgabe, und wie die erste, nahm auch die zweite eine Kontingenzierung vor. Bei dieser suchte man alle die Fehler zu vermeiden, die früher zur Auflösung des Syndikats geführt haben.

Für die Wirksamkeit dieses wie jedes Kartelles ist die Vereinigung der meisten Fabriken in ihm Vorbedingung, der Kampf gegen etwaige Außenseiter daher unerlässlich — im Sinne des Kartelles gesprochen! Das sicherste und bestbelegte Mittel, sie zum Anschluß zu bewegen, sind die Exklusivverträge. Den Kartellen der Seidenweberei bot sich nun infolgedessen eine günstige Situation, als ihre Abnehmer in den Handelskreisen fast in allen Zweigen ebenfalls kartelliert sind — in der Vereinigung der Sammet- und Seidenwarengroßhändler. Der Vertrag der Sammetbandkonvention mit der letztgenannten Vereinigung legte den Fabrikanten die Verpflichtung auf, „nicht noch weiter in den Kundenkreis des Großhändlers einzudringen, d. h., den direkten Verkehr mit den Detailhändlern aufzugeben; des ferneren an alle nicht der Großhändlervereinigung angehörigen Abnehmer zu verschärften Bedingungen bezw. erhöhten Preisen zu liefern.“

Umgekehrt verpflichteten sich die Händler nur bei Mitgliedern der Sammetbandkonvention zu kaufen und den ihnen gewährten Rabatt nicht den Detailhändlern weiter zu geben. Der Grund dieser letzteren Bestimmung lag darin, daß auch noch unter der Herrschaft des Vertrages einzelne Firmen an Kleinverkäufer liefern durften. Wenn ich vorher sagte, daß die Händler nur von Mitgliedern der Sammetbandkonvention kaufen dürfen, so ist doch eine Ausnahme zulässig. Wie das erste Mal, so blieb auch dieses Mal die südbayerische Handfabrik außerhalb der Konvention. Auf eine vollständige Boykottierung dieser Fabrik ließen sich die Händler nicht ein, da sie für sie wegen der Herstellung besonderer Spezialitäten unentbehrlich war. Man einigte sich nun dahin, daß die Großhändler alle die Bänder, welche die Sammetbandkonvention nicht herstellt, in Süddeutschland kaufen dürfen. Um jedoch einem Nachgang der kartellierten Bänder vorzubeugen — und ein solcher lag bei einer entsprechenden Preispolitik der außenstehenden Fabriken sehr im Bereich der Möglichkeit — wurde für jeden Händler eine bestimmte Quote seines Jahresumsatzes bestimmt, die er von der genannten Fabrik beziehen darf. Auf diese Weise ist das seitene Kunststück gelungen, den Absatz einer außerhalb des Kartells stehenden Fabrik zu kontingenzieren.

Die größte Schwierigkeit einer Kartellierung bot die Seidenstoffindustrie, denn sie weist die größte Mannigfaltigkeit in den erzeugten Produkten auf. Wie dieser Umstand die Kartellbildung erschwert und den Vollkommenheitsgrad des Kartells beeinflusst, wurde schon früher erörtert. Es ist bei dem angegebenen Grunde kein Wunder, daß die Verhandlungen „lang und mühevoll“ waren, und daß bei ihrem Abschluß im November 1905 nur ein Konditionenkartell das Resultat war. Wie bei den schon besprochenen Kartellen vor allem der Kampf gegen die Außenseiter ins Auge gefaßt wurde, so auch hier. Und wie dort so bot sich auch hier in dem Exklusivvertrag mit der Vereinigung der Sammet- und Seidenwarengroßhändler das geeignete Mittel. Dieser enthielt ähnliche Bestimmungen wie die schon angeführten Verträge: „Die gegenseitige Zusicherung und Garantie des Nichtbezugs und der Nichtlieferung von und an Außenseiter.“

Der Seidenstoffverband hat mehr w'e jeder andere mit allen Mitteln versucht, die Außenseiter zum Anschluß zu bewegen. Ueber den moralischen Wert und ihre wirtschaftliche Bedeutung rede ich hier nicht — die Erörterung ist einem besonderen Aufsatz vorbehalten, hier sollen lediglich die Tatsachen angeführt werden. Am 7. März 1907 teilte der Seidenstoffverband seinen Abnehmern mit, daß derjenige, der auch von nicht kartellierten Fabrikanten Waren bezöge, fürderhin 10 Prozent Zuschlag zu entrichten habe. Zahlte der Abnehmer den Zuschlag nicht, so galt das als Versicherung, daß er von Außenseitern keine Waren bezogen habe. Konnte ihm der Verband nun im laufenden Jahre einmal das Gegenteil beweisen, so mußte der Kunde für alle im selben Jahre bezogenen Waren den 10% igen Zuschlag nachzahlen. Man braucht sich wahrlich nicht zu wundern, daß auf ein solches Anstinnen ein „Sturm der Entrüstung“ losbrach.

Es fehlt hier der Raum, den nun folgenden Kampf in seinen einzelnen Phasen darzustellen. Es genügt die Kontingenzierung, daß sich die verschiedenen Abnehmer allmählich koalitierten und mit dem Seidenstoffverband Exklusivverträge schlossen — so der Verband der Damen- und Mädchenmanteelfabrikanten, der Verband der Waren- und Kaufhäuser und der Verband der Detailgeschäfte. Die Lage nach diesen Kämpfen war für den Seidenstoffverband eine äußerst günstige — ein Außenseiter war fast unmöglich! Diese Machtstellung verleitete das Kartell dazu, eine kleinliche Kunstpolitik zu treiben, die sich zunächst in der Zurückweisung einiger Fabrikanten zeigte, welche um Aufnahme in den Stoffverband nachgesucht hatten. Als diese nun drohten, den Rechtsweg zu beschreiten, wurden sie schließlich unter erschwerten Bedingungen aufgenommen. Im Jahre 1910 suchte eine sächsische Kleider- und Trachtenstoffweberei um Aufnahme in den Verband nach, wurde aber unter allgemeiner Uebereinkunft zurückgewiesen. Eine derartige Zurückweisung bedeutet für die davon betroffene Fabrik natürlich einen schweren Verlust,

wenn nicht gar den Ruin. Ueber die schweren Schädigungen, die sich aus einer derartigen Ausnützung der Monopolstellung für die gesamte Volkswirtschaft ergeben, soll an anderer Stelle gesprochen werden.

Der Verband hat im Laufe der Jahre seinen Aufgabekreis nicht erweitern können, die Versuche, Preisregulierungen zu treffen, scheiterten an der Schwierigkeit. Einzelne Branchen schlossen sich daher in Sonderverbänden zusammen, denen Preisbestimmungen wegen der relativen Einheitlichkeit eher gelangen.

# Allgemeine Rundschau.

Eine herzliche Rundgebung für einen verdienten Sozialpolitiker. — Auf dem Dresdener Kongreß der christlichen Gewerkschaften hielt u. a. der verdiente Sozialpolitiker und Freund unserer Bewegung, Freiherr v. Berlepsch, Staatsminister a. D., einen Vortrag. Bei der Gelegenheit kam es zu einer herzlichen Rundgebung für den um die Arbeiterfrage hochverdienten Mann.

Vorher er zu seinem eigentlichen Vortrage sprach, überbrachte er die Grüße der Gesellschaft für Sozialreform, deren Vorsitzender er ist. Dann kam er auf die Rundgebung zu sprechen, die bei Gelegenheit des Stegerwald'schen Referates über den Gewerkschaftsstreit der Kongreß erlebt habe. Von Berlepsch meinte, diese Rundgebung habe mancherlei Sorge und mancherlei Mißtrauen beseitigt. Und dann fuhr er wörtlich fort:

„Ich habe diese Sorgen und dieses Mißtrauen niemals geteilt — dazu kenne ich die Persönlichkeiten viel zu genau, die an Ihrer Spitze stehen. Von Anbeginn Ihrer Tätigkeit an sind Sie ja alle Mitglieder der Gesellschaft für Soziale Reform gewesen — ja, ich darf vielleicht sagen: die erste Begegnung der evangelischen und katholischen Arbeiterführer auf dem Boden der Gesellschaft für Soziale Reform hat die erwünschte Gelegenheit geboten, den ersten Schritt zur Vereinigung im Rahmen der christlichen Gewerkschaften zu tun. Wir waren Trauzeugen bei diesem ersten Schritt, und heute können wir mit großer Freude konstatieren, daß die Ehe eine außerordentlich glückliche geworden ist. So kann ich Ihnen heute zur Tagung die Grüße und Glückwünsche der Gesellschaft für Soziale Reform nicht nur für die Vergangenheit und für den nun seinem Ende sich neigenden Kongreß, sondern für Ihre gesamte künftige Tätigkeit überbringen.“

Kollege Schiffer ergriff die Gelegenheit, um dem verdienten Manne herzliche Worte des Dankes zu widmen, die vom Kongresse mit jubelndem Beifall aufgenommen wurden. Kollege Schiffer führte aus:

„Wir stehen unter dem Eindruck der Ausführungen des hochverehrten und hochverdienten Referenten. Freiherr von Berlepsch war einer der ersten Vorkämpfer und Pioniere der Sozialpolitik. Schon als Regierungspräsident in Düsseldorf hat er die Fahne der Sozialpolitik vorangetragen, zu einer Zeit, da die Aussichten für die Sozialpolitik noch trübe waren, da die Macht der Gegner noch groß war. Und dann hat er als Handelsminister bei der Regierung seinen ganzen Einfluß für eine gesunde soziale Entwicklung in die Waagschale gelegt. Und jetzt? Nun — ein Parlamentarier hat im Reichstag einmal gesagt: Minister sind wie Blumen auf dem Felde — sie kommen und sie gehen wieder. Auch Freiherr von Berlepsch ist den Weg aller Minister gegangen; er ist indirekt das Opfer der Sozialdemokratie und direkt das Opfer des Scharfmachertums geworden. Der Minister Freiherr von Berlepsch hat, dem Druck nachgebend, demissioniert; aber der Sozialpolitiker Freiherr von Berlepsch hat nicht demissioniert. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Er hat, nachdem er von seinem Ministerposten zurückgetreten war, sich nicht zur Ruhe gesetzt, sondern ist von neuem an die sozialpolitische Arbeit gegangen. Die Gesellschaft für Soziale Reform ist sein Werk, er hat ihr den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt.“

Freiherr von Berlepsch wird in einigen Wochen das 70. Lebensjahr vollenden. Wenn wir auch keinen Personenkultus treiben — das Eine darf ich in dieser Stunde im Namen von Hunderttausend christlich und national denkender Arbeiter erklären: was Freiherr von Berlepsch in seinem reichen Leben, in einem Menschenalter für das Vaterland und für die Arbeitererschaft gewirkt, geopfert, gekämpft und gelitten hat, das wird ihm unvergessen bleiben. (Stürmischer Beifall.) Wir schätzen unsere Exzellenz, unseren Staatsminister v. Berlepsch. (Erneuter stürmischer Beifall.) Die christlich nationale Arbeiterbewegung kennt noch Dank und Anerkennung, und sie wird das Denkmal, das Freiherr von Berlepsch sich selbst in unseren Herzen gesetzt hat, dauernd in Ehren halten. Wir behalten uns einen besonderen Ausdruck vor, aber wir wünschen heute schon Sr. Exzellenz einen glücklichen Lebensabend, weitere volle Gesundheit und Rüstigkeit und Gottes reichsten Segen. ad multos annos.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Freiherr v. Berlepsch hat es sich auch nicht nehmen lassen, in einer anlässlich des Gewerkschaftskongresses in Dresden von der kirchlich-sozialen Konferenz einberufenen Versammlung eine ganze für die christlichen Gewerkschaften zu brechen. Wie seinerzeit in Köln versicherte er, aus genauer Kenntnis der Persönlichkeiten heraus, daß es die Führer der christlichen Gewerkschaften absolut ehrlich mit ihrer Gewerkschaftsarbeit meinen und noch niemals Anlaß zu Klagen über Mißbrauch der Bewegung zu politischen oder konfessionellen Zwecken gegeben haben. Die seitens der evangelischen Geistlichkeit stark besuchte Versammlung sollte ihm, mit Ausnahme eines einzigen, ungeteilten Beifall.

Zwei Urteile über den Dresdener Kongreß. Der Dresdener Kongreß der christlichen Gewerkschaften hat im allgemeinen in der bürgerlichen Presse eine sehr wohlwollende Besprechung gefunden. So schrieben die Konservativen „Dresdener Nachrichten“:

„Der Kongreß ist zu Ende. Er hat die Organisation auf einer machtvollen Höhe gezeigt und ein geradezu glänzendes Zeugnis von der inneren Geschlossenheit der christlichen Gewerkschaften abgelegt. Aber noch etwas anderes darf zum Schluß festgestellt werden. Was den Kongreß über Duzende ähnlicher Veranstaltungen schon äußerlich

weit hinaushob, das war die überaus geschickte Geschäftsführung des Präsidiums, die vornehme Art der sachlichen Diskussion und endlich die auffallende rednerische Befähigung, die alle Vortragenden und Debattenredner aufwies.

Und in der sehr angesehenen „Allgemeinen Rundschau“, Wochenschrift für Politik und Kultur in München, heißt es zum Schlusse eines längeren Artikels über den Kongress:

„Alles in allem: „Das war ein Gewerkschaftskongress, wie er sein soll“, konnte der Vorsitzende Schiffer am Schlusse der Tagung ausrufen. Und in der Tat; seit dem Jahre 1899 ist kein christlicher Gewerkschaftskongress mehr gehalten worden, dem solche Bedeutung zukommen wäre, wie der Tagung von Dresden. Man hat auf ihr so recht am lebendigen Beispiel ersehen können, wie die christliche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren erstarkt ist; erstarkt besonders in ihrer Verinnerlichung. Wer die früheren Kongresse besucht hat, dem ist dieses Wachsen und diese Vergeistigung der gewerkschaftlichen Arbeit von Tagung zu Tagung offener vor die Augen getreten. Wer aber keine Gelegenheit hatte, die Hildesheimer Kongresse etwa seit München (1902) zu besuchen, dem hat man geradezu Bewunderung abgerungen mit dem sachlichen Ernste, der musterhaften Aufmerksamkeit bei den Referaten und deren tiefgründiger geistiger Arbeit, die sich bei wissenschaftlich gebildeten Referenten wie den Männern der Praxis zugleich zeigte und überaus wohlthuend von der oft recht oberflächlich geratenen Chemnitzer Tagung der Sozialdemokraten abtrach.

Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die Tage von Dresden nicht nur auf die eigentliche gewerkschaftliche Arbeit befruchtend wirken, inwieweit sie von katholischen und evangelischen Mitgliedern aus dem Arbeiterstande selbst geleistet werden muß, sondern daß allmählich auch das Bürgertum in steigendem Maße erkennen lernt, was es an der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hat. Die schönen Begrüßungsworte der Ehrengäste aus dem Beamtenstande aller Behörden wie der Vertreter der politischen Parteien sollen die praktische Wirkung haben, weitere Vorhofsarbeit für das Verständnis des christlichen Gewerkschaftsprinzips zu leisten. In diesem Sinne ist Dresden das, was es jüngst in der „Kölnischen Volkszeitung“ genannt wurde: „Ein Markstein in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“

Ein unparteiisches Urteil über den christlichen Gewerkschaftskongress in Dresden. In der „Sozialen Praxis“ schreibt Dr. Waldemar Zimmermann über den christlichen Gewerkschaftskongress, das Auftreten der Delegierten habe einen überzeugenden Eindruck von der erfolgreichen sozialen Hebung der Arbeiterklasse und von den weitreichenden Fortschritten unserer Massenzivilisation gewährt.

Noch erfreulicher war das Bild, das die Kongressverhandlungen von der geistigen Hebung des Industriearbeiterstandes, von den intellektuellen Fortschritten und der „politischen Erziehung“ dieser Fundamentalschichten unserer Nation boten. Überall der Eindruck einer tüchtigen Schulung der Kongressmänner und -frauen, nicht bloß im Reden und im gewerkschaftlichen Denken, sondern auch in staatsbürgerlicher, allgemeiner volkswirtschaftlicher Betrachtung der Erscheinungen; eine besonnene Würdigung der Realitäten des Lebens und Wirtschaftens, manchmal fast allzu besonnen, jedoch der Geist bedachter Mäßigung die Heilskraft der Kritik und die frische bahnbrechender Entschliebung bei einzelnen Rednern mehr als

nötig zu dämpfen schien. Von Radikalismus, zumal von solchem, der keine Verantwortung für das, was er proklamiert, kennt, war auf diesem Dresdener Kongress nichts zu spüren. Ebenjowenig aber fehlte da, wo es darauf ankam, der energische Wille zur Verfechtung des für Recht Erkannten. Das programmatische Bekenntnis des Generalsekretärs Stegerwald in der Frage des Jagen. „Gewerkschaftsstreites“ war von hinreichender Kraft, die den Geist der Einheit von Katholiken und Evangelischen in der christlichen Gewerkschaftsarbeit neu befeuerte. Und die Grenzmarkierung gegenüber der Sozialdemokratie und den Gelben erfolgte ebenfalls in nachdrücklicher Schärfe. Auch die Abfertigung der „neuen Richtung“ in der Sozialwissenschaft, die den Gewerkschaften ihre Ueberflüssigkeit, ja Schädlichkeit nicht nur theoretisch, sondern auch mit empirischem Beweismittel klar zu machen sucht, war voll zwingender Kraft und gab zugleich ein überraschendes Zeugnis von der gründlichen volkswirtschaftlichen Durchbildung der Männer, die der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aus seinen Reihen für die Auseinandersetzungen zu stellen in der Lage ist. Alles in allem, ein Kongress, mit dessen Verlauf die Veranstalter zufrieden sein können, und dessen guter Eindruck auf die Öffentlichkeit nicht ohne praktischen Gewinn für die christliche Gewerkschaftsarbeit bleiben wird.“

Schlesische Zustände. In vielen Orten Schlesiens kann sich unser Verband nur unter großen Schwierigkeiten durchsetzen. Genossen, „Berliner“ Facharbeiter und Unternehmer bilden das Trio, das sich die Bekämpfung unserer christlichen Textilarbeiterbewegung zum Ziele gesetzt hat. Mit welchen Mitteln dabei die Unternehmer vorgehen, mag folgende Begebenheit bezeugen, die von einem unserer Mitglieder auf der letzten Bezirkskonferenz mitgeteilt wurde.

In dem Orte — der Name muß aus bestimmten Gründen verschwiegen werden — hatte unser Verband festen Fuß gefaßt. Die junge Ortsgruppe entwickelte sich verhältnismäßig gut. Das war dem Arbeitgeber bezw. dem Direktor eines Betriebes ein Dorn im Auge. Er suchte die führenden Kollegen unseres Verbandes persönlich zu beeinflussen. Mit schönen Redensarten machte er sich an sie heran, suchte ihnen ihre Meinung über die Gewerkschaft auszureden und versuchte ihnen dann — unbefehlen ein 10 oder 20 Markstück in die Hand zu drücken. Aber er hatte vergeblich bei unseren Mitgliedern eine Zudassungsmutung gesucht. Ihnen war, trotz ihrer großen Armut an Geld, um ein Goldstück ihre Zugehörigkeit zum Verbands nicht feil.

Nun verlegte sich der Herr auf ein anderes Mittel. Der Betrieb kaufte das einzigste für Versammlungszwecke gut geeignete Lokal am Orte, das unserem Verbands zur Verfügung stand, auf. Es wurde dann verpachtet. In dem Vertrage wurde dem Pächter bei Verlust einer Strafe von 500 Mark verboten, unserem Verbands das Lokal für irgend welche Zwecke herzugeben. Nach langem Bemühen gelang es unserer Zahlstelle, ein anderes Lokal zu bekommen. Nur kurze Zeit hatten sie es inne, als ihnen der Wirt eröffnete, sie in Zukunft nicht mehr beherbergen zu dürfen. Auch hier hatte die Betriebsleitung — man vermutet, mit dem Leiter der kath. Fachabteilung gemeinjam — das Notwendige veranlaßt.

Nun ist unsere Zahlstelle dort ohne Versammlungslokal. Das haben die Betriebsleitung und die Fachabteilungsleitung erreicht. Aber sie werden unsere Bewegung an dem Orte trotz alledem und alledem nicht ausrotten können. Mag die Gewalt brutal rücksichtslos

vorgehen oder mögen die Streiche aus dem Hinterhalte fliegen. Alle Mäcken und Lücken werden den Mut unserer Mitglieder nicht vernichten können.

Klassenkampf und Interessenkampf. Die christlichen Gewerkschaften haben von jeher den Klassenkampf, wie er von der Sozialdemokratie gelehrt wird, verworfen. Sie wollten ihre Auseinandersetzungen mit den Unternehmern und selbst den Streit lediglich als Interessenkämpfe gewertet wissen. Die sozialdemokratische Agitation wendete dagegen ein: Die christlichen Gewerkschaften lehnen theoretisch den Klassenkampf ab und kämpfen ihn praktisch. Wie unzutreffend und unwahr diese Redefloskel ist, weist nunmehr das Organ des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, der Grundstein (Nr. 31), in einem Artikel „Unsere Grundzüge“ im einzelnen selbst nach, indem es schreibt:

„Es ist zu unterscheiden zwischen dem Klassenkampf und dem Kampfe, der um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse geführt wird — dem Interessenkampf. Bei dem Interessenkampf handelt es sich um gegenwärtig zu erringende materielle, geistige und rechtliche Güter. Die Bedingungen und Formen, unter denen er geführt wird, bestimmen sich nach dem jeweilig erstrebten Ziel und nach den jeweilig gegebenen Verhältnissen. Der Klassenkampf aber ist der Ausdruck des die Arbeiterbewegung befehlenden Willens, die Klassensecheidung zu beseitigen, um auf diesem einzig möglichen Wege zur Harmonie des ganzen menschlichen Gemeinheitslebens zu gelangen.

Der Interessenkampf, das ist also der Kampf um materielle Verbesserungen für das Leben der Arbeiterklasse, um öffentliche Rechte, um den geistigen Aufstieg, er fordert Organisation; er zwingt die Arbeiterklasse auch zur Erwerbung geistiger Fähigkeiten, ohne die sie gegen ihre Feinde nicht aufkommen kann. Er erzieht die Arbeiter zur Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten. Er stärkt ihre Widerstandskraft, hebt ihr Selbstbewußtsein, verschafft ihnen eine höhere Lebenshaltung, größere Rechte im öffentlichen Leben; er ist, mit einem Worte gesagt, das Mittel, durch das die Arbeiterklasse mehr Macht erlangt.“

Mit den sozialistischen Klassenkampfbildern haben sonach die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften nichts gemein.

Wo bleiben die Arbeitergroßen? Hin und wieder gehen durch einen Teil der bürgerlichen Blätter Notizen; die dartun sollen, daß die durch die Arbeiter aufgeführten Gewerkschaftsgelder zum größten Teile für Verwaltungszwecke und ähnliche, den Arbeitern nichts nützende Dinge verwandt werden.

Unlängst ging nun wieder eine Notiz durch dieselbe Presse, worin behauptet wurde, in den deutschen Gewerkschaften würden im Gegensatz zu den englischen Trade unions viel höhere Summen für Kampfszwecke aufwendet und zwar in Deutschland 9,03 M. auf den Kopf des Gewerkschaftlers, in England dagegen nur 4,95 Mark. Diese Angabe entspricht nicht der Wahrheit. Ein Blick auf die Ausgaben der drei deutschen Gewerkschaftsrichtungen für Streit und Maßregelung zeigt, daß auf den Kopf des deutschen Gewerkschaftlers nur 4,81 M. für Streiks und Aussparungen gezahlt wurden, also noch 0,14 M. weniger als in England. Im übrigen warte man doch mal die Ziffern ab, die 1912 in England bezüglich Aufwendungen für Streiks herauskommen werden, da wird sich das Verhältnis noch ganz anders gestalten, allerdings nicht im Sinne des für die Schärfermacherpresse arbeitenden Artikelschreibers. Nehmlich wie mit der ersten Behauptung des Gewerkschaftskritikers steht es mit der zweiten, in der er jagt,

Weber waren, aber daß die Weber ganz gefehlt haben sollten, ist doch auch unwahrscheinlich, zumal, wenn man bedenkt, daß später die Weber, wie bereits oben angeführt, in ziemlich bedeutendem Umfange nach Florenz ausgewandert sind. Aber selbst wenn die Weber unter den nach Deutschland zugezogenen Leuten aus Flandern nicht sehr zahlreich waren, so wird es doch unter diesen Zugezogenen viele gegeben haben, die ziemlich gut über die Arbeitsmethoden der flandrischen Weberei unterrichtet waren; denn in Flandern war ja die Wollweberei das hauptsächlichste Gewerbe, und es waren daran so viele Leute beteiligt, daß Geschäftsgeheimnisse wohl kaum bestehen konnten. Wurden diesen Leuten Vorteile in Aussicht gestellt, so waren sie gewiß gern bereit, die Weberei zu ergreifen und sie so auszuüben, wie sie in Flandern betrieben wurde. Zumindestens konnten aber diese Leute so manche Anleitung zu besseren Produktionsmethoden geben. Und so sehen wir denn auch, daß nach dieser Einwanderung aus Flandern in Deutschland mehrfach ein starker Aufschwung der Tuchweberei einsetzt. In der Mark, in Böhmen, Preußen und Mähren, in der Lausitz und in Schlesien macht die Wollweberei rasch Fortschritte, und diese Entwicklung der Tuchindustrie in den verschiedenen Landesteilen wird man nicht mit Unrecht auf die direkte Einwirkung der flandrischen Zugzüge setzen dürfen. Auch in den Hilfsindustrien der Weberei wie in der Färberei wurden Fortschritte gemacht, die man den Einwanderern aus Flandern wird zuschreiben müssen. Nach und nach bezogen auch die Deutschen Wolle aus England, doch zunächst nur in geringem Umfange, wenigstens im Verhältnis zu den Wollmengen, die nach Flandern gingen. In der Hauptsache wurde die Wolle aus Deutschland selbst bezogen. Noch lange Zeit galten flandrische Tuche als feinste Webwaren, und es dauerte noch lange, ehe sich die deutschen Tuche das gleiche Ansehen erringen hatten.

A. M.

### Die flandrische Wollweberei im 11. und 12. Jahrhundert.

Schon im 11. und 12. Jahrhundert, als im übrigen Europa die Weberei immer noch als Hausarbeit und als Nebenarbeit oder als Arbeit der Frauen betrieben wurde, hatte sich bereits in den flandrischen Städten in ziemlich bedeutendem Umfange die handwerksmäßige Weberei entwickelt. Entsprechend dieser starken Ausbreitung der handwerksmäßigen Weberei war auch ein starker Bedarf an Wolle zu denken. Zunächst konnte dieser Bedarf an Wolle wohl durch die ziemlich ansehnliche Schafzucht in der nächsten Umgebung gedeckt werden, und went wurde bald zum Zentrum für den Wollhandel. Später aber, mit der weiteren Ausbreitung der flandrischen Wollweberei, mußte auch Wolle aus entfernteren Gegenden herangezogen werden, und so entstand ein reger Handelsverkehr mit England, da von dort aus bedeutende Mengen Wolle eingeführt wurden. Schon im 11. Jahrhundert finden wir vereinzelt Zünfte der Weber eingerichtet, und es bestehen bereits Verkaufshallen für Tuche. In Nebenarbeiten bei der Herstellung der Tuche werden auch schon Frauen und Mädchen verwendet. Flandrische Tuche gehen nach den verschiedensten Teilen Europas, nach Deutschland, nach Italien usw. Überall mußte anerkannt werden, daß in bezug auf Feinheit die einheimischen Tuche mit den flandrischen Erzeugnissen nicht verglichen werden konnten, und selbst die Tuche in der Tuchmanufaktur Florenz konnten mit den flandrischen Tuchen noch lange Zeit nicht in Konkurrenz treten.

Aber nicht nur in bezug auf die Qualität der hergestellten Tuche stand Flandern obenan; auch was die ganze Organisation des Gewerbes anbetraf, so war die flandrische Wollweberei der Weberei in anderen Ländern um ein paar Jahrhunderte voraus. Die flandrische Wollweberei hatte nämlich schon damals einen gewissen

kapitalistischen Anstrich. Es gab schon richtige Großunternehmer, unter deren Direktion die Verarbeitung der Wolle vom Rohstoff bis zum gebrauchsfertigen Tuch die verschiedensten Stadien durchmachte. Der Unternehmer kaufte die Wolle schon in großem Umfange von einem Großhändler und Wollimporteur ein. Dann wurde die Wolle soweit hergerichtet, daß sie versponnen werden konnte. Das geschah meistens von Familien auf dem Lande, von Familien, die diese Arbeit als Hauswerk ausführten. Alsdann kam das Gespinnst wieder zum Unternehmer, und dieser ließ es dann weiter an die Weber zur Verarbeitung verteilen. Nachher übergab der Unternehmer das vom Weber hergestellte Erzeugnis den in Betracht kommenden Hilfsgebern, bis dann das Tuch vollständig gebrauchsfertig war. Erst in Florenz, wohin später viele Weber aus Flandern abwanderten, fanden wir einige Jahrhunderte später wieder eine gleiche oder eine noch schärfer durchgeführte Organisation der Wollweberei von der Einführung der Rohstoffe bis zur letzten Rollendung in den Hilfsindustrien.

Die flandrische Wollweberei hat schließlich auch eine bedeutende Wirkung auf die Weberei in Deutschland ausgeübt. Zunächst geschah dies dadurch, daß die weit bessere Qualität der flandrischen Tuche auch den deutschen Webern die Anregung gab, auf Verbesserungen in der Herstellung zu tun, die Tuche zu vervollkommen. Es läßt sich aber auch annehmen, daß eine direkte Einwirkung geschah, insofern, als flandrische Weber die besseren Arbeitsmethoden nach Deutschland brachten. Als sicher läßt sich nachweisen, daß zu gewissen Zeiten und bereits nachdem die flandrische Weberei eine hohe Reife erreicht hatte, Einwanderer aus Flandern nach Deutschland eingewandert sind. Namentlich in das deutsche Sauerland östlich der Elbe sind sehr viele Leute aus Flandern gezogen. Es läßt sich aber im einzelnen nicht nachweisen, ob diese Zugezogenen wirklich Weber waren. Nun kann man vielleicht mit Recht annehmen, daß die meisten dieser Zugezogenen keine

daß die englischen Trade unions nur 7,21 M. an Verwaltungskosten pro Jahr und Kopf beanspruchen, während die deutschen Gewerkschaften nicht weniger als 9,43 M. erforderten. Auch diese Behauptung ist eine blanke Unwahrheit. Die Verwaltungs- und Agitationskosten der christlichen, Hirsch-Dunderschen und freien Gewerkschaften betragen im Jahre 1911 nur 4,37 M. pro Mitgliedschaft. Unschwer hat der überreife „Gewerkschaftsfreund“ die Ausgaben für Bildungswesen, Verbandsorgan, Rechtsschutz u. v. m. alle als „Verwaltungsausgaben“ angesehen, oder es liegt ihm daran, der deutschen Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen eins auszuweisen. Neben wie diese falschen und leicht zu widerlegenden Behauptungen des Scharfmacherartikels sind die Lamentos der Protestanten und Führer der „Selben“ über angeblich zu hohe Verwaltungs- und Streikausgaben der deutschen und insbesondere der christlichen Gewerkschaften zu bewerten.

Eine Probe der sozialistischen Jugendbildung bringt die „Schwäbische Tagwacht“, das führende Organ der württembergischen Sozialdemokratie. In der letzten Nummer der Jugendbeilage, die alle 14 Tage erscheint, brachte das Blatt einen Sedanartikel, in dem es nach einem Bericht des Münchener „Arbeiters“ u. a. heißt:

„Nur die Herrschenden haben die Früchte des Tages von Sedan geerntet, eines der schlimmsten Bluttage in der Geschichte der modernen Kapitalistenstaaten. Um des gierigsten Profits willen, zur Rettung und Erhaltung des kapitalistischen Privateigentums, mußte das Volk sein Blut vergießen. Das Volk blieb arm und in Fesseln... Die Mächtigen schlemmen und pressen im Ueberfluß und mordeten die Gefnechten und Bestohlenen nicht nur körperlich, sondern auch moralisch. Fluch Sedan! Du Unglückstag, der uns den Vater, den Gatten, den Bruder, den Sohn geraubt! Fluch Sedan! Du Tag des Todes und der Schrecken...“ u. s. m.

So belehrt die Sozialdemokratie die Jugend: Gibt es ein Kulturvolk sonst noch auf der Welt, in dem eine große politische Partei die Großtaten seiner eigenen Geschichte so mit Schmutz bewerfen darf?

Eine gemeine Beschimpfung der christlichen Religion durch Hirsch-Dundersche Verbandsblätter. Das Organ des Hirsch-Dunderschen Tabakarbeiterverbandes, der „Deutsche Tabakarbeiter“, bringt in seiner Nr. 21 vom 11. Okt. unter der Ueberschrift „Bringt Licht in die Köpfe“, einen Artikel, der eine ganz gemeine Beschimpfung der evangelischen und katholischen Kirche enthält. Der Artikel ist dem Hirsch-Dunderschen Blatte „Der Fabrik- und Handarbeiter“ entnommen und wird von dem „Deutschen Tabakarbeiter“ deshalb nachgedruckt, weil es nach der Meinung der Redaktion dieses Blattes „ein schöner Artikel“ ist.

„Während Millionen“, so heißt es in dem Subelartikel, „in heißen Wüsten sich gegen die Erschwerung ihrer Lebenshaltung wehren, suchen weltliche und geistliche Machthaber nach Mitteln, dem Volke das Denken abzugewöhnen. Weltliche und geistliche Reaktion fand sich noch immer sehr schnell zusammen im Kampf gegen Freiheit und Fortschritt... Und auf Knebelung der Geister arbeitet alles hin, was die Macht in sich dazu spürt, gleichviel, ob wir die alleinseligmachende, die sogenannte gereinigte Kirche oder gar die Dogmen der Zukunftsstaatler vor uns haben. Rom ruft, und die Abmülinge im deutschen Reich treten an zur Has gegen alles, was nach Aufklärung und Volksbildung verlangt. Die Sängler Bonolas rühren sich.“

Nachdem dann eine nicht wiederzugebende Begeisterung der kath. Kirche gefolgt ist, wird die protestantische Kirche wie folgt hergenommen:

„... Derselbe müßte Zelotengeist, wie er der katholischen Kirche eigen, hat auch in der evangelischen Kirche Eingang gehalten; das Muckertum beherrscht sie. Das Muckertum, das die Welt und ihre gewaltige Humanitätsarbeit 400 Jahre zurückschrauben möchte in jene Zeit, wo man an Zauberei und anderen Unsinn glaubte, wo man nicht hunderte, nein tausende katholischer wie lutherischer Weiber auf die Scheiterhaufen führte und als Hexen verbrannte! Wer sich nicht heute noch zu den Glaubensfalschheiten bekennt, die dieser vor 400 Jahren als evangelische Wahrheit verkündete, der wird vom hohen Oberkirchenrat geächtet und des geistlichen Lehramts für unwürdig erklärt. Wir brauchen nur die Namen Jatho und Traub zu nennen, die man ihrer „Irrlehren“ wegen aus Amt und Brot vertrieb. Kirche und Kultus, die den Menschen zu Tugend und Sittlichkeit erziehen, edle Menschlichkeit in ihm pflegen und im Geschöpf den Schöpfer zu ehren gebieten, genügen den modernen Glaubenswächtern nicht. Ihr habt nur auf das Apostolikum zu schwören, und das Denken euch abzugewöhnen! Das ist der Rechtspruch der Kirchenspäuler von heute, die in dem Augustinermönch Dr. Martin Luther den evangelischen Papst verehren...“

„... Noch hat man nur erst vereinzelte erkannt, noch fehlt den Massen die Einsicht, daß das Christentum von heute weitab geraten ist von den Lehren seines Stifter. Die Kirche hat es verstanden, ihre Lehre auch den Großen dieser Erde schmacht zu machen, wenn sie sagt: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Heute dürfen auch Reiche hoffen, ins Himmelreich zu kommen, ohne daß Kamele durchs Nadelöhr gehen, wenn sie sich nur der Kirche gegenüber nicht knauserig zeigen. Es gilt also, noch viel Licht in die Köpfe zu bringen...“

„... Licht in die Köpfe! Dem hellen Hirn kommt kein Jesuit zu nahe; denn Nachtfalter scheuen das Licht, auch die Zeloten im Oberkirchenrat nötigen ihm höchstens ein Lächeln ab und die Klassenkampf-fanatiker ein Achselzucken; aber an diesem Licht, an dieser Erleuchtung fehlt es noch allerwärts...“

Und die Vertreter dieser Gewerkschaften nennen ihre Bewegung parteipolitisch und religiös wirklich neutral.

Sozialdemokratie und Vaterland. Wesen wir uns im Kriegsfall seitens der Sozialdemokratie zu gewärtigen haben, zeigen die Ausführungen sozialdemokratischer

Blätter zum Balkankrieg mit aller Deutlichkeit. Welche Preise der Sozialdemokratie würden anscheinend keinen Moment zaudern, dem eigenen Vaterland im Kriegsfall in den Rücken zu fallen, um dessen Not zur Verwirklichung ihrer zukunftsstaatlichen Theorien auszunutzen. So ist z. B. im „Volksfreund“, dem Organ der badiischen Sozialdemokratie, folgendes zu lesen:

„Kein Interesse an der Machtverteilung im nahen Osten kann groß genug sein, um die Entfesselung einer Katastrophe zu rechtfertigen, die ganz Europa in den Abgrund führt. Gelingt es aber der Sozialdemokratie nicht, diese Katastrophe aufzuhalten, dann wird sie nur noch darauf bedacht sein können, den Gang der Ereignisse zu einer vollständigen Umwälzung aller staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Sinne auszunutzen.“

Dieselbe grundsätzlich vaterlandslose und revolutionäre Gesinnung belumdete eine von ca. 8000 Personen besuchte sozialdemokratische Versammlung in Stuttgart. Sie nahm eine Resolution an, die folgenden Schluß hat:

„Der Sozialismus ist der Friede. Die Versammelten geloben, überall für den Frieden zu wirken. Kann das Proletariat die Kriege nicht verhindern, dann müssen sie dazu benutzt werden, die Umwälzung der kapitalistischen Staaten in die sozialistische Gesellschaft zu beschleunigen.“

Nach dem Bericht der „Köln. Volksztg.“ fehte der bekannte radikale Genosse Westmeyer dem Ganzen die Krone auf mit den Worten: „Die Götterdämmerung hat begonnen, Kronen werden krachen, darum, wer te Unwesende, abonniert auf die „Schwäbische Tagwacht“. Da der Wabener „Volksfreund“ revisionistisch ist, so ergibt sich, daß Radikale und Revisionisten von derselben vaterlandslosen Gesinnung befeelt sind. Ob da gewissen Leuten noch nicht bald die Augen aufgehen ob dieser „großartigen“ Bewegung?

Aus einer „demokratischen Republik“. Die Sozialdemokratie wird bekanntlich nicht müde, die Verhältnisse in Deutschland, vor allem die Steuererhebung, in Grund und Boden hinein zu kritisieren und möglichst schlecht zu machen. Demgegenüber ist es interessant, festzustellen, wie denn die Dinge in anderen Staaten liegen. In dem sozialdemokratischen Verlag Diez in Stuttgart erscheint die Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung von Paul Luis in deutscher Uebersetzung. Der Uebersetzer entwirft nun in der Einleitung folgendes Bild über die Verhältnisse in Frankreich:

„Die Sozialgesetzgebung Frankreichs gehört zu den rückständigsten Europas, und die Praxis ist noch schlimmer als das Gesetz. Das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern ist in Frankreich noch ungünstiger als selbst in Oesterreich; dabei besteht die mit Recht noch aus den Zeiten vor der großen Revolution so verhaßte Salzsteuer noch immer, ergänzt durch einen Salzsol, daneben die geradezu mörderische Tür- und Fenstersteuer, diese Besteuerung von Licht und Luft, das Tabak- und Zündholzmonopol. Die allgemeine Einkommensteuer hingegen, von der von Zeit zu Zeit immer wieder gesprochen wird, gehört noch immer ins Reich der frommen Wünsche. Die Zollmauern Frankreichs sind dabei die höchsten in Europa. Der französische Arbeiter muß es daher geradezu als Lohn empfinden, wenn ihm von der Herrlichkeit der demokratischen Republik gesprochen wird und seine Vertreter auf die großen Siege im Kampf gegen die „Feinde der Republik“ mit einem Stolz hinweisen, als ob heute noch der französische Arbeiter die Illusionen seiner Vorfahren von 1848 und 1871 teilt, die in der republikanischen Staatsform selbst schon fast ein Zaubermittel gegen die Leiden des Kapitalismus erblickten. Die vier Jahrhunderte der dritten Republik haben diese Illusionen von Grund aus zerstört.“

Die Sozialdemokratie schwärmt bekanntlich für die republikanische Herrschaft. Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß auch dieses noch lange kein Allheilmittel für die sozialen und wirtschaftlichen Schäden unserer Zeit ist. So schön wie im republikanischen Frankreich läßt sich im monarchischen Deutschland immer noch leben, obgleich wir noch nicht das Vergnügen hatten, sozialdemokratische Minister zu bestehen.

Streik in einem sozialistischen Betrieb. In der von den sozialistischen Arbeitern errichteten genossenschaftlichen Glasfabrik in Albi (Frankreich) brach Ende September ein Streik aus. In der „Leipziger Volkszeitung“ wurde hierüber berichtet. Das sozialdemokratische Blatt gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die Entstehung der Fabrik und bemerkte dann:

„Indes erfüllten sich die auf die Unternehmung gesetzten Hoffnungen nicht. Der Betrieb stand in den ersten Jahren nicht auf der Höhe der modernen Technik und auch seine Organisation war sehr mangelhaft. Vor einigen Jahren wurde der Versuch gemacht, diese Zustände zu sanieren. Ein vierter Ofen wurde aufgestellt und ein technisch gebildeter Direktor berufen. Dieser huldigte wohl den sozialistischen Ideen, aber er geriet bald in einen Konflikt mit den Arbeitern, die noch stark von zünftlerischen Vorstellungen beherrscht sind und auch eben nicht durch straffe Disziplin glänzen. Sein Versuch, einen Ausgleich der Löhne der verschiedenen Kategorien männlicher und weiblicher Arbeiter herzustellen, rief auf heftigen Widerstand, desgleichen die von ihm im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat verfertigte Abschaffung der Stückarbeit. Eine vom Verwaltungsrat abgeordnete Untersuchungskommission, der bekannte Syndikalisten angehörten, gab den Arbeitern unrecht, aber der Spruch hatte keine Wirkung. Ein besonders schwerer Fehler der Arbeiter war, daß die lokale Glasarbeitergewerkschaft, die aufgerufen worden war, in der Kommission an der Reorganisation der Betriebe mitzuarbeiten, diese Beteiligung ablehnte. Die Kommission arbeitete ein Projekt aus, das den Arbeitern mit dem Bedeuten zugestellt wurde, es bei Strafe der Entlassung binnen einer Woche anzunehmen. Die Arbeiter aber hatten ein Gegenprojekt ausgearbeitet. Eine Einigung war da nicht gut möglich, und die Weigerung der Pariser Delegierten, der Generalversammlung und des Direktors, den Termin der neuen Arbeitsorganisation über den 16. September hinaus zu verschieben, führte zum Ausstand, der jetzt mit den üblichen Kampf-

mitteln des Syndikalismus, „kommunistischen Suppen“ u. dergl. durchgeführt wird. Das Übelste ist das Auslösen der Dese, das die Genossenschaft Behntaufende Frank kostet und ihren finanziellen Zusammenbruch im Gefolge haben kann.“

Der Bericht enthält einige interessante Momente: der Direktor will einen Ausgleich der Löhne zuungunsten der männlichen und zugunsten der bisher erbärmlich bezahlten weiblichen Arbeiter herbeiführen. Trotz der sozialistischen Brüderlichkeit und der von den Genossen gepredigten ausschließlichen Interessenharmonie der Arbeiter stößt er bei den gut bezahlten Arbeitern auf heftigen Widerstand. Diese pfeifen auf Brüderlichkeit und Interessenharmonie. Sie wollen behalten, was sie haben. Mögen die andern darben. Interessant ist auch, wie die Neuerung durchgeführt werden sollte. Der Direktor verfügt einfach im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat die Abschaffung der Stückarbeit; das von der Kommission ausgearbeitete Projekt wird den Arbeitern mit dem Bedeuten zugestellt, es bei Strafe der Entlassung binnen einer Woche anzunehmen. Ein Beweis, daß auch sozialistische Betriebsleiter die gleichen willkürlichen Neigungen entwickeln wie die kapitalistischen.

## Aus unserer Industrie.

### Einheitliche Garnnumerierung.

Die einheitliche internationale Regelung der Garnnumerierung, die zuletzt in Paris einen Kongreß aller Kulturstaaten beschäftigte, ist zurzeit ihrer Verwirklichung ferner denn je, nachdem es nicht gelungen ist, den Widerstand Englands zu überwinden, sondern das englische Parlament einschlägige gesetzliche Maßnahmen abgelehnt hat. Um so eifriger sind die Befürworter eines einheitlichen (metrischen) Garnmaßes jetzt in den einzelnen Ländern tätig. In Frankreich hat man eine energische Agitation dafür eingeleitet, daß Baumwollgarne eine metrische Bezeichnung erhalten, und hat es durchgesetzt, daß im Zolltarif baumwollene Garne dementsprechend aufgeführt werden. Ebenso wird eine Gleichmäßigkeit der Numerierung für Wollgarne angestrebt. Erst nachdem in allen Ländern die Einmütigkeit der Interessenten in bezug auf die Garnnumerierung zur Tatsache geworden ist, wird es möglich sein, einen Zwang auf die englische Industrie auszuüben, daß auch die letztere sich zu Reformen, die die Textilindustrie dringend benötigt, versteht.

### Die deutsche Tuchkonvention

ist in Berlin endgültig gegründet worden. 408 Herrentuchfabrikanten als Einzelmitglieder und die Verbände sächsisch-thüringischer Webereien und elbischer Wollwebereien gehören ihr als korporative Mitglieder an. Somit zählen zur Konvention 500 Herrentuchfabrikanten mit rund 25000 Webstühlen. Von beteiligter Seite wird dazu erklärt: „Nach jahrelangen Bestrebungen ist es dem mit den Gründungsarbeiten betrauten Herren Bachhaus-Krefeld und Dr. Trescher-Düsseldorf gelungen, die bei so großer Fabrikantenzahl naturgemäß vorhandenen großen Schwierigkeiten zu überwinden und die Konvention mit 98% der in Betracht kommenden Webstühle ins Leben zu rufen. Die in der Hauptsache bereits früher mit den verschiedenen Abnehmergruppen vereinbarten Konventionsbestimmungen beziehen sich auf die Regelung der Verlaufssteuerung und Zahlungsbedingungen, die große Fabrikantenzahl bedingte weitgehende Rücksichtnahme auf die Kundschaft, so daß durch die Konvention das gute Verhältnis zu den Abnehmern nicht getrübt werden wird. Mit den Abnehmerverbänden ist bereits Fühlung genommen. Die Leitung der Konvention liegt in den Händen der Herren Bachhaus als Vorsitzenden und Dr. Trescher als Vertrauensmann und Geschäftsführer. Die Geschäftsstelle befindet sich in Düsseldorf.“

### Die deutsche Juteindustrie.

Vor kurzer Zeit gingen Nachrichten durch die Presse, daß der Juteindustrie eine ernstliche Konkurrenz erwachsen werde. Es sei ein Verfahren gefunden, Baumwollabfälle auf Papier zu fixieren, zu verweben und Säcke daraus herzustellen. Wie immer in solchen Fällen, erfuhr man, daß die Güte des neuen Materials alles bisher Dagewesene übertriffe, daß der Preis unter dem von Rohjute bleibe und der Gewinn dennoch größer sei. Inzwischen ist es schon wieder still geworden von dem Konkurrenzunternehmen, während die Jutefabriken eifrig weiterarbeiten.

Im ersten Semester d. J. wurden vergleichbare Geschäftsberichte von 21 Aktiengesellschaften bekannt, die Jute, Ramie und ähnliche Fasern verarbeiten. Das gesamte Nominalkapital dieser Unternehmungen stellte sich in den beiden letzten Betriebsjahren unverändert auf 43,12 Mill. M. Auf dieses Kapital kamen nach Abschluß des Jahres 1910 im ganzen 3,43 Mill. M. oder 8,0% Dividende zur Verteilung. Am Ende des letzten Jahres wurden 2,77 Mill. M. ausgeschüttet. Somit sank die Dividendenquote auf 6,4%. Freilich ist in Rechnung zu stellen, daß der besprochene Betriebszweig im vergangenen Jahre empfindlich unter den stark gestiegenen Rohstoffkosten litt. Die ehemals so niedrigen Preise für Rohjute waren schon in den Jahren 1905 bis 1907 einmal von der Spekulation hochgetrieben worden. Dann machte sich mehrere Jahre lang eine kräftige Erleichterung bemerkbar, die indes nicht von Dauer war. Im Monat Juni der letzten sechs Jahre wurde ein Doppelzentner der nachstehend genannten Marken Rohjute am Produktmarkt in Hamburg zu folgenden Preisen in Mark gehandelt:

June	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Marke R. F.	79,25	66,25	54,25	45,75	63,25	66,25
Good I native	41,00	33,25	25,00	28,00	49,75	43,50

Im ersten Halbjahr 1912 zogen die Preise zunächst weiter an, sind aber gegenwärtig wieder in rückläufiger Bewegung begriffen.

Table with 6 columns: Year (Jan.-Juni), 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912. Row 1: Einfuhr 894856, 857284, 830900, 647545, 773816, 850569. Row 2: Geg. d. Vorj. -37572, -26384, -183355, +126271, +76753.

Die Rohfaser stammt bekanntlich fast restlos aus Britisch-Indien. Die Statistik über den deutschen Handel mit Jutespinnstoffen befindet, daß auf dem heimischen wie auf dem internationalen Absatzmarkt ein ernster Wettkampf der deutschen Industrie mit der ausländischen Konkurrenz ausgefochten wird.

Table with 6 columns: Year (Jan.-Juni), 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912. Row 1: Einfuhr 17091, 40015, 22025, 19780, 27365, 49480. Row 2: Ausfuhr 39597, 27208, 38081, 43788, 31999, 30233.

Eindringliches rohes Jutegarn bis Nr. 8 englisch wurde in den ersten sechs Monaten des Vorjahres 6321 Doppelzentner, in der Berichtszeit dagegen 18999 Doppelzentner importiert.

Table with 4 columns: Year (Juli 1911), Jan. 1912, Juli 1910. Row 1: Braunschweiger Jutespinnerei 209,50, 211,50, 204,80. Row 2: Deutsche Jutespinnerei 303,75, 300,50, 301,50. Row 3: Feinjutespinnerei 156,00, 166,00, 166,00. Row 4: Norddeutsche Jute S. A. 143,25, 139,40, 138,25. Row 5: Westdeutsche Jutespinnerei 127,50, 117,25, 114,60.

Einen minimalen Kursgewinn verzeichnen mithin nur die Anteile der deutschen Jutespinnerei.

Aus dem Verbandsgebiete.

Für die Durchführung der durch die Verbands-Generalversammlung zu Elberfeld beschlossenen Herbst- und Winteragitation

ist den Ortsgruppen-Vorständen in letzter Zeit viel Material und manche Anregung zugegangen. Auch an dieser Stelle verweisen wir nachdrücklich auf den Beschluß der Verbands-Generalversammlung, wonach jede Ortsgruppe (Vorstand, Agitations-Kommission, Vertrauenspersonen) baldmöglichst einen

Agitationsplan

aufstellen und dem Bezirksleiter einreichen muß. Wir bitten alle Verbandsmitglieder dringend, bei der Agitation nach Kräften mitzuwirken.

Der Zentralverband.

Arbeitslosenstatistik.

Am Samstag, den 26. Oktober, war Arbeitslosenzähltag für den Monat Oktober. Die Berichtskarten (graue Monatskarten) müssen spätestens 4 Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale eingesandt werden.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen.

Bühl (Ob.-Eif.).

Der Streit der Spinnereiarbeiter bei der Firma Rogelet ist nach vierwöchiger Dauer völlig erfolglos beendet worden. Für die Arbeiter bedeutet dies eine ganz empfindliche Niederlage.

Bekanntlich waren die Streikursachen Lohnforderungen und Verweigerung von Streikarbeit, die angeblich für die Mühlhäuser streikenden Kammergarnspinner im Betriebe soll verrichtet worden sein.

Die Arbeiterchaft selbst wird sich aber für die Zukunft aus diesem Streit auch die richtigen Lehren ziehen müssen.

Aus unseren Bezirken.

Die diesjährige Bezirkskonferenz in M.-Glabbadh war von allen Ortsgruppen besucht. Es waren 6060 Mitglieder durch 40 Delegierte vertreten. Kollege Weber war als Vertreter des Zentralvorstandes anwesend.

In einem ausführlichen Geschäftsbericht gab Kollege Hermes eine Uebersicht über die Lage des Bezirkes. Die allgemeine Lage war während des Berichtsjahres nicht gerade günstig.

Table with 3 columns: Category, 1911/12, 1910/11. Row 1: a) Streikunterstützung 8929,02, 68,80. Row 2: b) Maßregelungsunterstützung 823,-, 1327,66. Row 3: c) Reiseunterstützung 26,36, 66,42. Row 4: d) Arbeitslosenunterstützung 5362,90, 6139,65. Row 5: e) Krankenunterstützung 16181,-, 14604,30. Row 6: f) Sierbeunterstützung 1775,-, 1165,-. Total: 33097,28, 23371,83.

Die Einnahmen betragen 103195,98 94821,20. Hier von verblieben den Ortsgruppen 15% gleich 15469,83 13616,51.

Es verblieben mithin in den Ortsgruppen 1911/12 47% 1910/11 39%. Der hiesige Bezirk führte daher bedeutende Summen an die Zentralkasse ab, nämlich 1911/12 54628,87 im Jahre vorher dagegen 57832,86 M.

Der letzte Teil der Ausführungen des Kollegen Hermes war der Agitation gewidmet. Im ganzen fanden 803 Sitzungen statt, davon waren 156 Mitglieder-, 147 Fabrik- und 19 öffentliche Versammlungen, 241 Vorstand- und 240 Vorstand- und Vertrauensmänneritzungen.

Zu der zweiten Punkt der Tagesordnung bestand in einem Vortrage des Kollegen Müller über das Thema: Welche Aufgaben entfallen für uns aus den Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung.

Zu der Diskussion über den Geschäftsbericht, sowie über das Referat des Kollegen Müller war man allgemein befreit, Mittel und Wege zu suchen, den Verband im hiesigen Bezirke vorwärts zu bringen.

Der Vertreter des Zentralvorstandes griff verständig in die Diskussion ein, und gab, indem er auf seine Erfahrungen hinwies, auch Winke, wie der Verband und die Bewegung weiter gebracht werden könnte.

Mit Befriedigung konnte der Bezirksleiter am Schluß der Versammlung feststellen, daß kein Miston die ganzen Verhandlungen getrübt, und wenn jeder das Gehörte in die Tat umsetzte, in kommender Zeit unbedingt eine Stärkung des Verbandes im hiesigen Bezirk eintreten müsse.

Bezirkskonferenz des V. Verbandsbezirks.

Am 12. Oktober fand in Ahans die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz des V. Verbandsbezirktes Hochst-Gronau statt. Als Vertreter des Zentralvorstandes nahm Kollege Camps-Künster an der Konferenz teil.

Kollege Otte begrüßte die Erschienenen und erstattete dann, nachdem die Bureauwahl vorgenommen war, den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht, von dem ein verbrieflichter Auszug jedem Delegierten eingehändigt wurde.

Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß die Konjunktur im Laufe des Berichtsjahres erheblich besser geworden ist. Nur an wenigen Orten im Bezirk ist gegenwärtig die wirtschaftliche Lage ungünstig; besonders trifft das für Coesfeld zu.

Die dem Geschäftsbericht sich anschließende Diskussion, an welcher sich auch die holländischen Delegierten lebhaft beteiligten, war sehr reg.

Es folgte dann ein Referat des Kollegen Verex-Gronau über die Lehren der Verbandsgeneralversammlung. Der Referent hob besonders die Einmütigkeit der Generalversammlung und die Wichtigkeit der gefassten Beschlüsse hervor.

Kollege Camps ergänzte in wirksamer Weise die Ausführungen der Vorredner und forderte zu allseitiger reger Arbeit auf. Er betonte u. a. zum Schluß, daß auch im Münsterlande, spez. wenn man einen Vergleich mit weiter zurückliegenden Jahren ziehe, der Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit in der Gesamtposition der Arbeiter im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben recht deutlich in die Erscheinung trete.

In der darauf folgenden Diskussion konnten manche Delegierte noch berichten, wie man in ihren Ortsgruppen die bevorstehende Agitationsarbeit einzurichten gedenkt. Die Agitation soll möglichst unter Anpassung der örtlichen Verhältnisse, welche im Bezirk große Verschiedenheiten aufweisen, vorgenommen werden.

Das nach vorgelesene Referat über Arbeiterschut konnte wegen der vorgezeichneten Zeit nicht mehr erstattet werden. Die Konferenz wurde deshalb mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf unsern Verband geschlossen.

(Bemerkung: Trotz des geschilderten guten Verlaufes der Bezirkskonferenz muß aber gerügt werden, daß die Delegierten einer Ortsgruppe bereits während des wichtigsten Teiles der Verhandlungen wieder abreisten, mit der Entscheidung, daß sie an einer örtlichen Veranstaltung teilnehmen müßten. Solches muß für die Zukunft unter allen Umständen vermieden werden.)

Aus Sachsen-Thüringen.

Die christlichen Gewerkschaften schreiten voran! Das konnte man so recht erkennen, als am Sonntag, den 6. Oktober, die Landeskonferenz in Dresden tagte. Eine überraschend große Zahl Arbeiter und Arbeiterinnen war aus den verschiedenen Gauen herbeigeeilt.

Die Landeskonferenz hat viel Begeisterung und Eifer ausgelöst; die Bezirkskonferenz unseres Textilarbeiterverbandes bezuglich. Und der VIII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der in den folgenden Tagen in Dresden stattfand, hat allem noch die Krone aufgesetzt.

in Plauen (Vogtl.) eine größere Versammlung. Sie war von Arbeitern und Arbeiterinnen zahlreich besucht. Besonders verdient festgehalten zu werden, was von Arbeitern, die schon im roten Verband waren, erwähnt worden ist. Denn die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wird bei vielen „frei“ organisierten dahin verstanden, daß sie die schimpflichsten Methoden anwenden, um alle in ihren Verband, in die Partei und zu sonstigen Verpflichtungen zu zwingen. Wer nicht alles mitmacht, wird chikaniert. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn für diese Art von Freiheit nicht recht viele Arbeiter bedanken. Wirklich persönliche Freiheit gewährleistet eben nur die christliche Organisation. So tragen die Genossen, oftmals ungewollt, zum Fortschritt der christlich-nationalen Gewerkschaft bei!

Die Textilarbeiterschaft Plaueus, die durch die letzten Vorfälle im „freien“ Verband etwas gewerkschaftsmüde ist, wird in unserer Organisation jetzt eine vertrauenswürdigere Gewerkschaft finden.

Am Sonntag, den 13. d. Mts., fand eine Versammlung in Chemnitz statt. Unsere dortige Ortsgruppe hat sich prächtig entwickelt; die konfessionellen Vereine, namentlich Arbeiterinnen- und Jungfrauenvereine, interessieren sich mehr und mehr für unsere Sache. Kurz und gut: auch im „roten“ Chemnitz ist unser Einfluß größer geworden. In der Versammlung sind wieder eine Anzahl Aufnahmen erfolgt. Am Abend des gleichen Tages bekamen Vertreter der christlichen Gewerkschaft Gelegenheit, im evangelischen Arbeiterverein Zwickau über „die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für unser deutsches Volk“ zu sprechen. Auch bei dieser Versammlung zeigte sich, daß „dem Einfluß unserer Organisation kein national denkender Arbeiter und keine Arbeiterfrau entziehen kann. Und von der Erkenntnis unserer Bedeutung bis zur tatkräftigen Mitwirkung sind nur noch einige Schritte. Alle christlich-national denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen werden diese Schritte, hinein in die christlich-nationale Gewerkschaft — nach und nach unternehmen. Ist das geschehen, dann hat man die längste Zeit vom „roten“ Sachsen gesprochen. F. H.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Aachen.** Unsere Quartalsversammlung, welche am 28. Oktober im Lokale „Zur Maus“ stattfand, nahm einen schönen Verlauf.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und nachdem der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal gegeben, erstattete Kollege Sauren den Bericht von der Eiberfelder Verbandsgeneralversammlung. In klaren Ausführungen betonte der Vortragende nochmals die Notwendigkeit der Beschlüsse bezügl. Einführung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. und die Veränderungen bei den einzelnen Unterstützungsarten. Es handelte sich jetzt für die Ortsgruppe darum, das von der Verbandsgeneralversammlung Beschlossene durchzuführen. Redner verbreitete sich sodann über die bereits vom Vorstande der Ortsgruppe getroffenen Vorbereitungen zu einer wirksamen Agitationsarbeit in diesem Winterhalbjahre.

Der Vorsitzende, Kollege Bartholemy, berichtete hierauf über den Verlauf unserer diesjährigen Bezirkskonferenz.

Beide Referate wurden von der Versammlung zustimmend aufgenommen. In der sich anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen vom Kollegen Lutterbach und Bezirksleiter Kollegen Weber ergänzt. Beide wurden ebenfalls auf die Winteragitation hin und baten die Anwesenden, den Vorstand und die Agitationskommission wirksam zu unterstützen.

Kollegin Schmitz forderte die anwesenden männlichen Mitglieder auf, sich von den Arbeiterinnen in der Agitationsarbeit nicht beschämen zu lassen. Sie wünschte, daß sich die Kollegen freiwillig dem Vorstande zur Mitarbeit zur Verfügung stellen.

Sodann wurde einstimmig beschlossen, ab 15. November einen Lokalbeitrag von wöchentlich 5 Pfg. einzuführen.

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden fand die Versammlung gegen 10 Uhr ihr Ende.

**Ahaus.** Die Sommermonate sind vorüber und der Herbst hat seinen Einzug schon gehalten. Die Feld- und Gartenarbeiten sind beendet, und ein jeder freut sich, gut eingeeignet zu haben. Aber eins scheinen die christlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter von Ahaus vergessen zu haben, nämlich, daß die Versammlungen auch besucht werden müssen. Es ist nicht genug damit, daß nur der Leib etwas bekommt, sondern der Geist muß auch seinen Teil mithaben, dieses kann nur geschehen durch Aufklärung und Belebung. Wie will ein Mitglied sich aber Aufklärung verschaffen, wenn es keine Versammlungen besucht? Also Kolleginnen und Kollegen von Ahaus, fort mit der Versammlungsschwärmeret, fort mit der Laune, so darf es nicht weiter gehen. Die Versammlung, die am 17. Oktober abends um 6 Uhr im Burbaumischen Saale stattfand, hatte einen schönen Verlauf. Unser Vorsitzender M. Bucher hielt einen kurzen Vortrag über die Verbandsgeneralversammlung, die in Eiberfeld getagt und der er als Delegierter von Ahaus beigewohnt hat. Nachdem der Kollege seinen Vortrag beendet hatte, stellte er ihn zur Diskussion, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligten. Es wurde beschlossen, 25 Wiederbücher als Probe schenken zu lassen. Ferner wurde beschlossen, die Hausagitation mit den im Ortskartell angeschlossenen Ortsgruppen gemeinschaftlich zu betreiben. Als freiwillige Agitationsmitglieder meldeten sich die Kollegen Jos. Förster, Bern. Bäumer und Heinz Zimmer. Am 3. November findet hier eine öffentliche Versammlung statt und wird an dieser Stelle schon darauf hingewiesen. Hierauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

**Bamberg.** In unserer Versammlung am 10. Oktober erstattete Kollege Wittekind den Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Eiberfeld. Besonders die Beschlüsse bezügl. der Agitation wurden vom Redner schärf hervorgehoben. Die Anwesenden waren mit den sonstigen in Eiberfeld gefassten Beschlüssen vollständig einverstanden, begrüßt wurde die neu eingeführte Wiltkärntnerunterstützung.

Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Th. Kerkhoff und Fr. Büttner gewählt.

Hierauf berichtete Kollege Wittekind über den Ausgang des Streiks in der Mech. Seilerwarenfabrik Bamberg. Nach zehnwöchentlichem Kampfe ist dieser Streik zu ungunsten der Arbeiter ausgegangen. Die Schuld an diesem traurigen Ende tragen eine Anzahl Streikbrecher. Besonders wurde festgestellt, daß von mehreren Mitgliedern des sozial-

demokratischen Textilarbeiterverbandes Streikbruch begangen wurde.

Unter Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, am 26. Oktober (am Tage vor der Bezirkskonferenz) einen Familienunterhaltungsabend zu veranstalten.

Eine gute Aufnahme fanden die von unserem Verbande herausgegebenen Niederbücher und wurden nach Schluß der Versammlung fleißig benutzt.

**Gronau.** Am 20. Oktober hielt die Ortsgruppe Gronau eine Mitgliederversammlung ab, die besser hätte besucht sein können. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zwei Delegierte, welche am 13. Oktober in Ahaus an der Bezirkskonferenz teilgenommen hatten, erstatteten Bericht von derselben. Dann hielt Kollege Berex einen Vortrag über die Eiberfelder Verbandsgeneralversammlung und unsere nächsten Aufgaben bezügl. der Herbst- und Winteragitation. Die von der Generalversammlung gefassten Beschlüsse wurden von den Anwesenden mit Befriedigung entgegen genommen. Betreffs der Herbst- und Winteragitation erwähnte Redner, daß wir ein großes Arbeitsfeld vor uns haben. Hier und da sind doch welche, die nach dem durch den Verband erteilten Lohnhöhungen eingestrichelt hatten, dem Verband den Rücken gekehrt haben, weil es nicht zum Streik gekommen war. Auch das Verhalten eines Vertrauensmannes wurde entschieden verurteilt. Redner forderte alle Kollegen und Kolleginnen auf, jeder für seinen Teil dazu mitzuhelfen, daß die Gronauer Ortsgruppe im Mai, wenn das Resultat im Organ veröffentlicht würde, an erster Stelle steht.

Die Vergangenheit hat es bewiesen, daß, wenn die Gronauer Kollegen und Kolleginnen zusammenhalten und zusammenarbeiten in echter Weisheit, auch Erfolg erzielt werden. Der Agitationsplan, welcher im Laufe dieser Woche fertig wird und wonach die Agitation geführt wird, wird jedem Kollegen seine Arbeit im Dienste des Verbandes anweisen. Deshalb machen alle Agitatoren mobil und erklären aller Gleichgültigkeit den Krieg. Das Ziel muß sein, sämtliche Unorganisierten im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands zu vereinigen.

**Kolbermoor.** Die „Gelben“ unter den Rabern. Am „1. April“ dieses Jahres wurde die Arbeiterschaft der Baumwollspinnerei in Kolbermoor mit einem „gelben“ Verein „beglückt“. Die gesamte Arbeiterschaft lehnte sich damals gegen diese gefahrbringende Zersplitterung auf. In mehreren großen Versammlungen wurde die „gelbe“ Befugnis gebührend gebrandmarkt. Die ganze Einwohnerschaft von Kolbermoor verurteilte einmütig das ungerechtfertigte Vorgehen der von dem „gelben“ Koller angeführten paar Männchens. Die Direktion gab dem Arbeiterausschuß eine schriftliche Erklärung, daß sie die Förderung des „gelben“ Vereins im Betriebe nicht dulde. Das alles hat nichts geholfen. Im Betriebe wurde lustig weiter agitiert, und alle diejenigen, die kein festes Rückgrat hatten, landeten in dem „gelben“ Jafen. Es erschien dann in der Tagespresse ein Artikel, der über eine der vorgenannten Versammlungen berichtete, und wo ange deutet wurde, es sei eine Resolution angenommen worden, in der das Wort „Sumpfpflanze“ vorkomme. Die „gelben“ „Führer“ Kirchberger, Schernberger und Martl fühlten sich über diesen Ausdruck beleidigt. Anstatt nun die Zeitung, die das gebracht hatte, zur Rechenschaft zu ziehen, wurden die beiden Gewerkschaftssekretäre, Geier vom christlichen und Deffner vom „deutschen“ Textilarbeiterverband, verklagt. Die Verhandlung fand am 23. Oktober vor dem Amtsgerichte in Bad Wibling statt. Dieser Verhandlung ging aber am gleichen Tage eine andere Verhandlung voraus, bei welcher die vorgenannten „gelben“ „Führer“ ebenfalls beteiligt waren. Und zwar waren Schernberger und Martl angeklagt wegen schwerer Körperverletzung, und Kirchberger, der wohl auch mitbeteiligt war, aber den Schlägeren kompliziert hatte, war als Zeuge geladen, um seine beiden Komplizen „herauszureißen“. Es gelang ihm nicht, wenn er auch die „verfolgte Unschuld“ noch so sehr hervorkehrte. Der Angeklagte Schernberger wurde wegen schwerer Körperverletzung zu 33 Tagen und Martl zu 10 Tagen Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Die beiden hatten einen ruhig jenes Weges gehenden Arbeiter — der natürlich nicht „gelb“ war — auf der Straße überfallen und hieben, wie ein Zeuge erklärte, wie auf einen Ochsen auf ihn ein. Der arme Arbeiter, dem beinahe der ganze Kopf zertrümmert war, wurde bewußlos von der Stelle getragen und war vier Wochen arbeitsunfähig, hat später einen Schwindelanfall bekommen, und es ist überhaupt fraglich, ob nicht der Mann dauernd etwas davon behalten wird. Der Verteidiger des Geschlagenen erklärte, daß das eine rohe, hinterlistige, ruchlose Tat sei, wie sie ihm in seiner Praxis noch nicht begegnet sei. Das sind also die „Führer der Gelben“ in Kolbermoor, mit denen sicher der Herr Direktor keinen Staat machen kann. Das sind dieselben Leute, die von dem „großen Frieden“ reden, der durch den „gelben“ Sums in die Arbeiterschaft getragen werden soll. Das sind aber auch dieselben Leute, die mit der Laterne im Dunkel der Nacht herumspionieren, um etwas anstößiges zu suchen, worüber sie sich beleidigt fühlen können.

Als dann das Gericht über die „Sumpfpflanze“ verhandelte, da stellte sich heraus, daß die Anlage vollständig haltlos war und gar keine Unterlage hatte. Die „Gelben“ mußten also zu der ersten Blamage auch noch die zweite auf sich laden lassen. Sie mußten sich bequemen, die Klage zurückzuziehen, und haben durch Gerichtsbeschuß noch obendrein das Vergnügen, sämtliche Kosten zu tragen. Dieser Tag war für die „Gelben“ kein Ruhmesstag, und wenn der „gelbe“ Werkverein in Kolbermoor diese Leute auch weiterhin als Führer des Vereins gelten läßt, dann ist der ganze Verein so zu beurteilen, als wie die genannten „Führer“ vor Gericht verurteilt wurden. Die ehrliche charakterfeste Arbeiterschaft in Kolbermoor aber möge solchen Leuten in recht weitem Bogen aus dem Wege gehen.

**Plauen.** In einer öffentlichen, von dem Arbeitsausschuß der nationalen Arbeiter- und Gehilfenorganisationen zu Plauen einberufenen Versammlung entwickelten die Kollegen Melcher-Greiz und G. Erkelenz-Berlin im „Prater“ die Ziele der christlich-nationalen Arbeiter- und Gehilfenbewegung.

Melcher faßt unter dem Begriff „nationale Arbeiterbewegung“ alle diejenigen Organisationen und Korporationen von Arbeitern zusammen, die auf dem Boden der gegenwärtig herrschenden Gesellschaftsordnung stehen, und wies ihr dreierlei Arten von Aufgaben zu, nämlich wirtschaftliche, nationale und ideale. Auf wirtschaftlichem Gebiete erhebt die nationale Arbeiterbewegung die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Zur Erreichung dieses Zweckes dienen zwei Mittel, nämlich Staats- und Selbsthilfe. Die erstere komme in der Gewerbeordnung, in der Arbeiterausgehungsgebung und in der Arbeiterversicherung zum Ausdruck. Sie werde beeinträchtigt durch das Anwachsen der Sozialdemokratie, die der Regierung die Hände binden möchte.

Die Selbsthilfe, welche die Staatshilfe erst in Fluß brachte, käme in Machtpöben zum Ausdruck, nämlich den Streiks. In der Auffassung vom Streik unterscheidet sich die

nationale Arbeiterbewegung sowohl von den gelben Gewerkschaftsvereinen als auch von den sozialdemokratischen, den sog. freien.

Während die gelben Gewerkschaften den Streik ablehnen, misbrauchen die freien ihn zur Agitation, zu politischen Zwecken und aus Terrorismus. Solche Streiks lehnte die nationale Arbeiterbewegung ab. Sie erstrebe Verbesserungen, aber unter möglicher Wahrung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Die politische Betätigung der nationalen Arbeiterbewegung werde begrenzt durch die Machtstellung der Regierung, die Weltstellung des Reichs und die Erziehungsfähigkeit der verschiedenen Erwerbsgruppen im Volk. Die nationalen Arbeiter können keine Klassenpolitik treiben, sie müssen Rücksicht nehmen auf die anderen Volksschichten und auf die Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft.

Die Gedanken des Kollegen Melcher, dessen Ausführungen lebhaften Beifall fanden, spann Erkelenz in seinem Vortrage fort. Daß die nationale Arbeiterbewegung bestrebe, habe der nationale Arbeitertag in Chemnitz bewiesen, daß sie notwendig sei, beweise schon die Tatsache, daß in Chemnitz 70 000 Arbeiter vertreten waren.

An den gleichfalls beifällig aufgenommenen Vortrag des Herrn Erkelenz schloß sich eine Aussprache, an der sich der sozialdemokratische Heißsporn Köhle, sowie die Herren Berndt, Landtagsabgeordneter Günther, Herold, Weigel, Sauer-Beipzig, Melcher und Erkelenz beteiligten. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Entschlußfassung angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung des Ausschusses der nationalen Arbeiter- und Gehilfenorganisationen zu Plauen begrüßt die aufstrebende nationale Arbeiterbewegung Sachsens. Die Stärkung der nationalen Gewerkschaften und Gewerkschaftsvereinigungen, die auf dem Boden der freien Koalition stehen, ist die erste Pflicht der nationalen Arbeiter und Angestellten Sachsens. Die Versammlung ersucht die nationalen Arbeiter dringend, durch Beitritt zu einer Berufsorganisation dieser Pflicht Genüge zu leisten.“

**Plauen.** Anlässlich des Dresdener Gewerkschaftskongresses veranstaltete am 12. Oktober, das von Monatsfrist in Plauen gegründete Kartell der christlich-nationalen Gewerkschaften im Saal des „Pilsener Hof“, Wilhelmstraße, eine öffentliche Versammlung. Die entscheidende Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für unser Volk“, betitelte sich das Referat des Herrn Gewerkschaftssekretärs Bier-Siegen. Ausgehend von einer eingehenden Schilderung des Verlaufes des Dresdener Kongresses, betonte er die Zukunftsaufgaben der christlich-nationalen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Die sozialistischen Gewerkschaften zählten 2,4 Millionen Mitglieder. Aus ideellen und materiellen Gründen könne ein nichtsozialistischer Arbeiter sich dieser Bewegung nicht anschließen. Aus ideellen Rücksichten nicht, weil es einem christlich denkenden Arbeiter nicht zugemutet werden könne, gegen seine eigne Ueberzeugung in einer ausgeprochen sozialistischen Gewerkschaft zu arbeiten, aus materiellen Erwägungen nicht, weil durch die unflügliche Verquickung berechtigter Arbeiterforderungen mit den unberechtigten Bestrebungen der politischen Sozialdemokratie die Hebung der Lage des Arbeiterstandes wesentlich erschwert werde. Aus diesen Gründen wären um die Jahrhundertwende die christlich-nationalen Gewerkschaften entstanden, die in den 1 1/2 Jahrzehnten ihres Bestehens 360 000 Arbeiter auf christlich-nationaler Grundlage organisiert hätten. Welche Bedeutung diese Bewegung für unser nationales Wirtschaftsleben habe, hätte am letzten Mittwoch Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch in einer, aus Anlaß des Kongresses in Dresden einberufenen großen öffentlichen Versammlung anerkannt durch die Worte: — — — daß die christlich nationale Arbeiterbewegung, das spreche ich aus vollster Ueberzeugung aus, der einzige, wirkliche und feste Wall gegen die Sozialdemokratie ist.“

Das Referat erstattete Kollegin F. Harder.

Die hierauf einsehende Aussprache brachte den erfreulichen Beweis, daß, trotzdem die christlich-nationale Arbeiterbewegung erst vor Jahresfrist in Plauen eingesezt, ein Stamm rednerisch befähigter, intelligenter Mitarbeiter vorhanden ist, so daß die weitere Entwicklung der Bewegung zu den besten Hoffnungen berechtigt.

**Sächsteln.** In der am 20. Okt. stattgefundenen Versammlung, die erste nach der Verbandsgeneralversammlung in Eiberfeld, erstattete der Vorsitzende, welcher als Delegierter dort anwesend war, einen Bericht von derselben. In der Hauptsache verbreitete er sich über die Neuerungen auf dem Gebiete des Unterstützungsweesens und auch über unsere demnächst einzusetzende Agitationsarbeit. Nachdem eine rege Diskussion stattgefunden hatte, wurde von der Versammlung beschlossen, eine Jugendagitation zu veranstalten und diesbezüglich mit dem Präses des kath. Junglingsverein in Verbindung zu treten. Im Verlaufe der Verhandlungen teilte der Vorsitzende mit, daß der Bericht vom internationalen Textilarbeiter-Kongress in Wien in Broschürenform erschienen sei und zum Preise von 20. Pfg. zu kaufen wäre. Bezüglich des neuen Verbandsliederbuches beschloß die Versammlung 100 Stück zu bestellen und an die Mitglieder bei passender Gelegenheit abzugeben. Viel Wert legt unser Vorsitzender auf unsere Bibliothek, welche jetzt durch neue praktische Bücher ergänzt und nach dem Schema des „Führers“ geordnet worden ist. Es soll ein Verzeichnis der vorhandenen Bücher in Gestform herausgegeben und den einzelnen Mitgliedern für die Dauer ihrer Mitgliedschaft zur freien Verfügung gestellt werden. Der Ortsgruppe der Schuh- und Lederarbeiter soll die Bibliothek gegen ein kleines Entgelt auch mit zur Benutzung überlassen sein. Den Bücherwechsel übernehmen zwei Vorstandsmitglieder jedesmal am letzten Sonntag im Monat morgens von 10—11 Uhr. Es wurde noch darauf hingewiesen, die Bücher fleißig zu benutzen und durch eifriges Studieren derselben sich gewerkschaftlich zu schulen. Ferner machte der Vorsitzende bekannt, daß im Dezember dieses Jahres die Gewerbegerichtswahlen für den Gewerbegerichtsbezirk M. Gladbach stattfinden werden und spornete die Mitglieder an, eifrig für dieselben zu agitieren, damit noch ein besseres Resultat herauskäme als wie bei den letzten Wahlen. Mit einem kurzen Hinweis auf die letzten Veranstaltungen in Wien, Eiberfeld und Dresden schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

**Wülken.** Die Versammlung unserer Zahlstelle am 21. Oktober war sehr gut besucht. Kollege Berex aus Gronau berichtete über die Beschlüsse der IV. Verbandsgeneralversammlung. Der Bericht wurde von den Anwesenden mit Befriedigung entgegen genommen. Nun gilt es aber auch, die einmütig gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen.

Des weiteren referierte Kollege Berex über die Herbst- und Winteragitation und erwähnte eine Reihe von Beispielen und Vorschlägen zur Agitation. Die ganze Agitation muß planmäßig betrieben werden, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Erfreulich war es nun, daß sich fast sämtliche Anwesenden bereit erklärten, in der Herbst- und Winteragitation mitzuwirken. Wenn nun diesem Willen die Tat folgt, dann wird bald die Zahlstelle Wülken eine blühende Ortsgruppe unseres Verbandes sein.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Ginter den Kulissen.** Wenn man auch von der Verschlagenheit der sozialdemokratischen Taktik schon hinreichend überzeugt ist, so kann man doch noch immer wieder neue Beweise auffinden.

Es schreibt „Der Arbeiter-radfahrer“ das Organ des neutralen Arbeiteradfahrerbundes „Solidarität“ in Nr. 387 vom 15. 9. 12. (hergestellt in der Druckerei des Offenbacher Abendblattes), „Rekruten! In wenigen Wochen werden überfüllte Militärlazette durch alle deutschen Gaue rasen, um die zu den Fahnen einberufenen Arbeitsgenossen in die Kasernen zu bringen. Die organisierte Arbeiterschaft erwartet von euch Rekruten, daß auch beim Militär die in der Organisation erprobte Solidarität in wirklicher Kameradschaft zum Ausdruck kommt...“

Fort mit der gegenseitigen Bestrafung. Solche Schlägereien werden, wenn Anzeige erstattet wird, streng bestraft. ... Zu den vornehmsten Pflichten eines Soldaten gehört, daß er gegen unmenschliche Behandlung von seinem Beschwerderecht rücksichtslos Gebrauch macht.“

Es schreibt das sozialdemokratische Offenbacher Abendblatt Nr. 207 vom 15. 9. 12. Der Parteitag macht es allen unter der Fahne stehenden jungen Männern zur heiligsten Pflicht... sich von Mißhandlungen zu enthalten und... gegen Gewalttätigkeiten jede gefühlvolle Weisheit zu leisten.“ (Sozialdemokratischer Parteitag Bremen 1904.)

„Rekruten! So spricht die deutsche Sozialdemokratie, die stärkste Partei des Reiches zu euch! In wenigen Wochen werden überfüllte Militärlazette durch alle deutschen Gaue rasen, um die zu den Fahnen einberufenen Arbeitsgenossen in die Kasernen zu bringen. Die organisierte Arbeiterschaft erwartet von euch, daß die sozialdemokratische Parole geachtet wird... Fort mit der gegenseitigen Bestrafung. Solche Schlägereien werden, wenn Anzeige erstattet wird, streng bestraft. Lebt die obige sozialdemokratische Parole immer wieder durch!... Zu den vornehmsten Pflichten eines Soldaten gehört, daß er gegen unmenschliche Behandlungen von seinem Beschwerderecht rücksichtslos Gebrauch macht.“

Daran ist für uns folgendes interessant:

1. Der Arbeiteradfahrerbund Solidarität gerät immer in hochgradige Erregung, wenn man ihm sozialdemokratische Bestimmung vorwirft. Abgesehen davon, daß diese Bestimmung zur Gründung des christlich-nationalen Rad- und Motorfahrerverbandes Comfordia in Bamberg geführt hat, ist allerdings in genanntem Artikel eine gewisse Neutralität zu erkennen, aber nur insofern, als darin gerade jene Stellen weggelassen sind, welche selbst Blinden und Tauben vor den Kopf stoßen würden. — 2. Merkwürdig ist auch, daß in diesem Rekrutenartikel auf die Strafparagrafen gar so einbringlich aufmerksam gemacht wird. Man bekommt unwillkürlich das Gefühl, als ob die Sozialdemokratie in die Erziehung der unter ihrem Schutz aufgewachsenen jungen Leute kein rechtes Vertrauen setzt und große Ausschreitungen befürchtet, sobald sie ihre Schützlinge für kurze Zeit in andere Hände geben muß. „Wehe wenn sie losgelassen“ scheint die stete Sorge der Parteiführer zu sein. — 3. Charakteristisch ist, daß zu den vornehmsten Pflichten des Soldaten der Gebrauch des Beschwerderechtes gerechnet wird. Die bekannte Unzufriedenheit über alles, was nicht sozialdemokratische Weisheit geschaffen hat. — 4. Die beiden Artikel aber sind den bürgerlichen Parteien ein Beweis für die Klassiertheit, mit der sich die Sozialdemokratie auch bei ihren unter der Fahne stehenden Anhängern dauernden Einfluß zu erhalten und bei noch zweifelhaften Elementen zu sichern sucht. Geht es nicht durch das offenbar zugehörige Parteiblatt, dann durch das „neutrale“ Sportsorgan und wer das Fortschreiten der Sozialdemokratie auf dem Lande stetig verfolgt, wird auf einmal erkennen, daß das „neutrale“ Organ der Solidarität noch viel fruchtbarer für die Sozialdemokratie arbeitet, als das offensichtliche Parteiblatt.

**Die Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer.** Die Bodenreformbewegung wächst, je sie schwillt bereits an wie ein mächtiger Strom. Doch die Fluten dieses Stromes sind rein wie Kristall und spiegeln in sich dem klaren blauen Himmel! Und der Blick weitet sich und die Menschen beginnen es zu begreifen, daß sie eine Heimat haben müssen, eine Heimstätte, damit sie ihr Vaterland wieder lieben lernen!

Das war es, wovon Damaskus in seinen Reden auf der letzten Tagung des Bundes, die vom 4. bis 7. Oktober in Posen stattfand, sprach, und das löste auch aus den Reden Professor Dr. Ermans, der die Frage des Erbbaurechtes behandelte, aus den Worten des Herrn Jachisch, des Leiters der nun schon 18 Jahre nach bodenreformerschen Grundfragen angelegten Zwergkolonie „Eden“ bei Oranienburg, die sogar der Direktor der Ostpreussischen Landesgesellschaft um ihre Erfolge beneidet, das löste auch aus dem humorvollen Vortrage des Oberbürgermeisters von Ulm.

Es muß noch besonders auf die Rede von Geh. Rat Schrammer hingewiesen werden, die die bodenreformersche Landordnung von Kautschum kritisierte, sowie auf die Rede über die deutsche Jumentkolonisation von Regierungsrat Sperl und vom Generaldirektor der Ostpreussischen Landesgesellschaft Freiherr von Gahl, der die Fülle der Bodenreformer im Kampfe um die deutsche Jumentkolonisation kritisierte, die durch den Landwirth der „Gütergenossen“ trotz aller Mühe und Arbeit in Frage gestellt wurde.

Es muß auch noch ganz besonders auf den Vortrag von Professor Dr. Klein-Jena erinnert werden, der in seinem Thema „Jugendberziehung und Bodenreform“ auf den Propheten Jeremia hinwies, der den Terrainspek-

lantent aus der Zeit des Alten Testaments, „die Acker an Acker reichten“, ein „Wehe“ zurief.

Die Stellung des Beamtentums zur Bodenreform charakterisierte Admiralitätsrat Danneel, der die Ursache der Preissteigerung der Lebensmittel und Mieten in den Mängeln unseres Bodenrechtes sah, wie Bohlman-Hohenaspe derselben Ursache unsere gegenwärtige Häusermiserie zuschreibt und dem realen Hausbesitzer zurief, er solle sich nicht länger von der Presse des Terrainspekulantentums irreleiten und zum Vorspann ihrer Interessen machen lassen, sondern in die Reihen der Bodenreformer treten, die eine Reform unseres ganzen Hypothekenrechtes anstrebten, das in erster Linie auch dem Hausbesitzer nützen würde, da die Dammos und andere Schwindelabgaben alsdann aufhören und die ökonomische Lage des Standes wieder gehoben werden würde.

Den interessanten Schluß der großen Vortragsreihe, die hier lückenlos zusammenhängend nicht gebracht werden kann, bildete Damaskus Programmrede über die Reichs- beifsteuer, die eine Grundrentensteuer sein müsse. Wer das Wesen dieser Steuer auf Grund eingehender Studien kennen lerne, der würde aber einsehen, daß sie nur den Grundbesitz nach dem gemeinen Wert treffe, den Hausbesitz aber verschone.

Der Bund hat — die Zahl der körperschaftlichen Mitglieder mitgerechnet — bereits etwa eine Million und zweimalhunderttausend Anhänger, und die Einnahmen sind in einem einzigen Jahre etwa auf das Vierfache gestiegen. Aus der Geschäftsstelle, Berlin, Lessingstraße 11, gelangte eine ungeheure Zahl von Drucksachen — nicht zum mindesten Damaskus Lehrbuch „Die Bodenreform“ — zur Versendung, und man sieht, daß die Agitation überall auf fruchtbaren Boden fällt.

**Keine Ueberstunden ohne Lohnzuschlag.** Manche Gewerbeaufsichtsbeamte und Verwaltungsbehörden gemähren die ausnahmsweise Ueberzeitbeschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern (nach § 138 a G.D.) nur unter der Bedingung, daß für die Ueberstunden ein Lohnzuschlag gemährt wird. Allerdings herrscht Ungleichmäßigkeit in dieser Praxis. Aus diesem für die Konfurrenz unbehaglichen Grunde und anderen Erwägungen erheben die Handelskammern neuerdings Einspruch dagegen. So heißt es in einer Eingabe der Schweidnitzer Handelskammer an den Regierungspräsidenten in Breslau:

„Wenn die preussische Ausführungsanweisung zur G.D. vom 1. Mai 1901 in den Ziffern 226 ff. zu 138 a und 139 der G.D. von Bedingungen bzw. besonderen in einzelnen Fällen zu stellenden Bedingungen spricht, so können damit unseres Erachtens nur solche Bedingungen gemeint sein, die einen im Rahmen der Zweckbestimmung und Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht liegenden Arbeiterschutz bezwecken, sich also z. B. auf Beschaffenheit der Räume, Kontrollmaßnahmen usw. oder bei Gestattung von Ueberarbeit von mehr als 40 Tagen auf den Ausgleich in der übrigen Zeit des Jahres erstrecken und dergl. Nicht aber kann u. U. aus der Ausführungsanweisung oder dem Gesetz eine Befugnis der Gewerbeaufsichts- Behörden abgeleitet werden, in die freie Lohnvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen und rein wirtschaftliche Fragen, die außerhalb der gewerbepolizeilichen Kompetenz liegen, mit der Erteilung oder Verjagung der Erlaubnis zu Ueberarbeit zu verquiden. Es ist nicht Sache der Gewerbeaufsichts- oder irgend welcher Verwaltungsbehörden, in die allein Arbeitnehmer und Arbeitgeber angehenden wirtschaftlichen Fragen einzugreifen, in denen auch die Höhe der Vergütung für Ueberarbeit gehört.“

Auch der sozialpolitische Ausschuß des Handelstages hat in einer Eingabe an Bundesrat und Reichstag die Unzulässigkeitserklärung dieser Lohnaufgabe für Ueberstandesgewährung beantragt. — Man wird stets im Auge behalten müssen, bemerkt dazu mit Recht die „Soziale Praxis“, daß Ueberstundenarbeit dem Arbeiter infolge der Durcheinanderung der häuslichen Ordnung und der Mahlzeitenverteilung fast immer Mehrkosten im Vergleich mit der regelmäßigen Zeitarbeit verursacht, ihn oft nötigt, in Wirtschaften, statt zu Hause, sich zu beschäftigen, und vor allem eine ungewöhnliche Anspannung seiner Kräfte und gesundheitlichen Fritze verlangt. Für alles das sind Lohnäquivalente etwas Ungemeinens, worauf der Gewerbeaufsichtsbeamte mit Recht hinzuweisen berufen ist, zumal da die Lohnungspraxis längst nach diesen Grundätzen gehandhabt wird und nur wenige Firmen hier zurückbleiben.

### Versammlungskalender.

- Dornbach.** 3. November, 6 Uhr, bei Wm. Hehnen Generalversammlung.
- Hilfstein.** 3. November, 11 Uhr, bei Ludwig Sint, Generalversammlung.
- Sera.** 12. November, 8 Uhr, im Lokale Jägerhof, Schülerstr. 2, Gladbach-Hardtbroich.
- 3. November, 1/27 Uhr, bei Gaberl Pagen, Mühlenstraße.**
- Greifratz.** 10. November, 10 Uhr, bei Wm. Hammes Vorstand- und Fördererversammlung.
- Kölschheid.** 10. November, direkt nach dem Hochamt, bei Peter Gilleßen.
- Krefeld-Bockum.** 3. November, 11 Uhr, bei Heinz Benger Generalversammlung.
- Leuth bei Kaldenkirchen.** 17. November, 5 1/2 Uhr, bei Joseph Dänders.
- Neerich.** 10. November, 6 Uhr, bei Franz Köppen Generalversammlung.
- Ochtrup.** 3. November, monatl. Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Oberkirchen.** 10. November, 6 Uhr, im „Deutschen Gut“.
- Schaag.** 10. November, 10 1/2 Uhr, bei Johann Peters Generalversammlung.
- Schirbach.** 1. November, 6 Uhr, bei Heinrich Kaiser.
- Wargelen.** 3. November, 10 Uhr, bei Cornel Schümmer, ordentliche Generalversammlung.

### Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- August Roll in Mülhausen i. Els.
  - Heinrich Stuffertz in Krefeld.
  - Franz Dambacher in Lobberich.
  - August Weisser in Ziegenhals.
  - Peter Anton Busseler in Rheydt.
  - Heinrich Therstappen in Lobberich.
  - Wilhelm Vahsen in M.-Gladbach.
  - Peter Brands in Krefeld-Bockum.
  - Arnold Recker in Eupen.
  - Wilhelm van Bracht in Breyell.
  - Maria Spiegel in Barmen.
  - August Niemeyer in Ibbenbüren.
  - Andreas Kern in Neumünster.
  - Conrad Gillessen in M.-Gladbach.
  - Wilhelm Köstermann in Vaals.
- Ehre ihrem Andenken!

### Literarisches.

**Protokoll der Verhandlungen des letzten internationalen Kongresses christlicher Textilarbeiterorganisationen.**

Das Protokoll über die Verhandlungen dieses Kongresses ist erschienen. Wir weisen unsere Leser darauf hin und bitten sie, unterzüglich ihre Bestellungen zu machen.

Die Verhandlungen unseres sechsten internationalen Kongresses waren für die Textilarbeiter besonders interessant und wichtig. Wir weisen nur hin auf die grundsätzlichen, programmatischen Referate, die die Stellung der christlichen Textilarbeiterorganisationen zur Sozialdemokratie und zu unserer Industrie und den Arbeitgebern behandelte. Von großem praktischen Werte aber sind die Referate: „Wie kommen wir zu einem besseren Berufsarbeiterschutz in der Textilindustrie?“ Daraus werden unsere Mitglieder, namentlich diejenigen, die in den Vorständen, Arbeiterausschüssen usw. sitzen, oder die als Vertrauensleute tätig sind, eine Menge von Anregungen für ihre praktische Arbeit schöpfen können. Von ganz besonderer Bedeutung sind ferner die Referate über die „Ausländerfrage“. In dem Referate über die „Frauen- und Kinderarbeit“ ist eine Menge von Material zusammengetragen, das unsere Kollegen sehr gut verwerten können. Die Diskussion zu den Referaten ist ziemlich ausführlich wiedergegeben und bietet manche wertvolle Anregungen für jeden Gewerkschaftler.

Unsere Ortsgruppenleiter und Vertrauensleute mögen sich einen systematischen Überblick dieser wertvollen Neuerscheinung angeeignet sein lassen. Das ziemlich umfangreiche Protokoll kostet nur 20 Pfennig.

Bestellungen sind an die Zentralstelle in Düsseldorf zu richten.

**Die Elektrizität in der Textilindustrie.** Soeben gelangt von der Sammlung illustrierter, gemeinverständlicher Monographien, welche unter dem Titel „Die Elektrizität in Industrie und Gewerbe“ bei der Verlagsbuchhandlung May von Orieigen, Leipzig, Langestr. 29, erscheint, der erste Band zur Ausgabe.

Derselbe bezieht „Obfelder, die Elektrizität und die Textilindustrie“, wendet sich an die Textilsachleute und soll diesen ein zuverlässiger und praktischer Berater bei der Frage sein, ob, und in welcher Weise die Elektrizität in der Textilindustrie nutzbringend verwendet werden kann.

Vom Autor wurde besonders Wert auf die Rentabilitätsfrage, sei es in bezug auf Umgestaltung einer länger bestehenden, älteren Fabrikanlage oder bei Einrichtung eines neuen Betriebes — gelegt, und gerade diese Tatsache macht die Neuerscheinung für die in Frage kommenden Interessenten ganz besonders wertvoll. Darüber, daß sich die Textilindustrie selbst den größten Dienst erweist, wenn der Elektrizität in noch verstärkterem Maße als bisher Einzug in ihren Betrieb gewährt wird, besteht kein Zweifel.

Möge das Obfelder'sche Buch an seinem Teile in dieser Hinsicht Gutes schaffen.

### Inhaltsverzeichnis.

Herbst. — Artikel: Zur Aenderung der Unterführungs-einrichtungen unseres Verbandes. — Unternehmerstimmen zum Gewerkschaftskongress. — Die sozialdemokratische Presse über den Gewerkschaftskongress. — Die Statistik der Kolleginnen. — Die Kartelle der deutschen Seidenweberei-Industrie. — Feniketon: Die flandrische Wollweberei im 11. und 12. Jahrhundert. — Allgemeine Rundschau: Eine herzhafte Rundgebung für einen verdienten Sozialpolitiker. — Zwei Urteile über den Dresdener Kongress. — Ein unparteiisches Urteil über den christlichen Gewerkschaftskongress in Dresden. — Schleifische Zustände. — Klassenkampf und Interessenkampf. — Wo bleiben die Arbeitergroßen? — Eine Probe der sozialistischen Jugendbildung. — Eine gemeine Beschimpfung der christlichen Religion durch Kirch-Duncker'sche Verbandsblätter. — Sozialdemokratie und Vaterland. — Aus einer demokratischen Republik. — Streit in einem sozialistischen Betrieb. — Aus unserer Industrie: Einseitige Garnnummerierung. — Die deutsche Tuchkonvention. — Die deutsche Futurindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosenstatistik. — Lohnbewegungen und Arbeitsstreikigkeiten: Bühl (Ob.-Sch.). — Aus unseren Bezirken: Die diesjährige Bezirkskonferenz in M.-Gladbach. — Bezirkskonferenz des V. Verbandsbezirk. — Aus Sachsen-Thüringen: Berichte aus den Ortsgruppen: Aachen. — Ahaus. — Bamberg. — Gronau. — Kolhermoor. — Plauen. — Süchteln. — Wälten. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Ginter den Kulissen. — Die Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer. — Keine Ueberstunden ohne Lohnzuschlag. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.